

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band III

Das Schicksal der Deutschen nach der "Befreiung" im Mai 1945

4 Jahre Sklavendasein + 71 Jahre Vasallenschaft

Band III/013

Die von den Siegermächten geschaffenen Besatzungsstrukturen BRD und DDR, Teil 1

Von der Gründung der BRD und der DDR bis zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands (1949-1990): 41 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Deutschen

Der Schein regiert die Welt, und die Gerechtigkeit ist nur auf der Bühne.
Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder - Ausnahme: Bayern - angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Die feierliche Einleitung des Grundgesetzes lautete (x067/226): >>Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<

Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid, einer der sogenannten "Väter" des deutschen Grundgesetzes, schrieb damals über den letzten Satz der Präambel (x024/226-227): >>Dieser letzte Satz der Präambel ist ein unverjährbarer Auftrag, dem sich alle deutsche Politik zu unterwerfen hat. Das Grundgesetz hat es also ausdrücklich vermieden, irgend etwas aufzunehmen, aus dem der Schluß gezogen werden könnte, es sei von einer eigenen westdeutschen Staatsnation ausgegangen.<<

Der deutsche Historiker Hermann Graml schrieb später über das "Wiedervereinigungsgebot" in der Präambel des Grundgesetzes (x073/233-234): >>Es existierte doch immer noch ein ungebrochenes Nationalgefühl ...

Die Vorstellung, die Nation könne dauernd oder auch nur längere Zeit getrennt bleiben, er-

schien unter dem Einfluß des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit nach wie vor nahezu allen Westdeutschen nicht allein als unerträglich, sondern als absurd.

Daher wurde die Bundesrepublik, obwohl und weil ihre Gründung, die Spaltung der Nation gerade so recht sichtbar gemacht hatte, notwendigerweise - auch von der Regierung und ihrem Kanzler - als Provisorium verstanden, ihre Wiedervereinigung mit der vorerst draußen gebliebenen SBZ zu einem mit Selbstverständlichkeit proklamierten Ziel deutscher Politik.<< Die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. veröffentlicht später (am 22. Mai 2019) folgende Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes (x934/...): >>**Erika Steinbach zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes**

Geburtstagskind in Not – Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes
Von Erika Steinbach - Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

Das rechtliche Fundament der Bundesrepublik Deutschland, unser Grundgesetz, hat siebzigsten Geburtstag.

Es ist ein Geburtstag für ein Geburtstagskind, das eigentlich nur ein Provisorium hatte sein sollen. Die Verfassungsväter und -mütter wollten zunächst lediglich eine rechtliche Grundlage schaffen, um einer erschütterten Gesellschaft nach schrecklicher Diktatur und einem verheerenden Krieg mit all seinen Verwerfungen für eine Übergangszeit den Rechtsrahmen für den Wiederaufbau Deutschlands zu schaffen. Dabei aber nicht nur eine rechtliche Grundlage, sondern auch eine moralische Leitlinie.

Allerdings nicht für das ganze Deutschland. Das war in dem faktisch bereits geteilten Deutschland nicht mehr möglich. Aber man trug Sorge für ein geeinigtes Vaterland, denn die Hoffnung war bei den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates vorhanden, daß die sowjetische Besatzungszone in naher Zukunft wieder mit den Westzonen vereinigt sein würde. Man wollte die Tür offen lassen, daß bei einer Wiedervereinigung des geteilten Deutschland durch eine konstituierende Nationalversammlung eine endgültige Verfassung erarbeitet werden konnte. Niemand glaubte oder ahnte damals an eine viele Jahrzehnte andauernde Teilung.

Dem Parlamentarischen Rat war wichtig, in den ersten Artikeln des Gesetzes elementare Grundlagen für eine freiheitliche Demokratie fest zu verankern. In 19 sogenannten Grundrechten wurden der Schutz der Menschenwürde, die Glaubensfreiheit, die Meinungsfreiheit und Pressefreiheit, die Freiheit für Forschung und Lehre, der Schutz von Ehe und Familie so fest verankert, daß eine Abschaffung der Artikel 1 und 20 selbst mit einer Zweidrittelmehrheit nicht mehr möglich ist.

Endlich, am 23. Mai 1949, vor 70 Jahren, findet in der letzten Sitzung des Parlamentarischen Rates die feierliche Verkündung des Grundgesetzes in Bonn statt. Der Präsident des Gremiums, Konrad Adenauer, stellte fest: "Heute, am 23. Mai 1949, beginnt ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes. Heute wird nach der Unterzeichnung und Verkündung des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten. Wer die Jahre seit 1933 bewußt erlebt hat, ... der denkt bewegten Herzens daran, daß heute, mit dem Ablauf dieses Tages, das neue Deutschland entsteht."

Konrad Adenauer machte auch deutlich, daß trotz der Vorgaben durch die Besatzungsmächte dieses Grundgesetz "auf freiem Willen" und "auf der freien Entscheidung des deutschen Volkes" im Parlamentarischen Rat erarbeitet wurde. Wer sich die Hartnäckigkeit vor Augen führt, mit der Konrad Adenauer in seiner gesamten anschließenden Kanzlerschaft Schritt um Schritt mit Geschick und Schläue wieder Souveränitätsspielräume für Deutschland trotz der Besatzungsmächte erkämpfte, nimmt ihm diesen Satz ab. ...<<

Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte damals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.



Abb. 78 (x090/309): Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch das von den Länderparlamenten ratifizierte Grundgesetz in Bonn am 23. Mai 1949.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique" wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" bzw. Forderungen der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Bis zum heutigen Tag erfolgte jedoch keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes.

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte. Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266). Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und gewisse Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationie-

rungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.

Am 14. August 1949 fand in den 3 Westzonen die 1. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt (x089/82): >>CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %, Sonstige = 19,2 %.<<

Konrad Adenauer wurde am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt. Bundeskanzler Adenauer bildete daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.

Bundeskanzler Adenauer berichtete während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über die Konstituierung der Bundesregierung und das Besatzungsstatut (x973/...):
>>Meine Damen und meine Herren! Das Werden des neuen Deutschlands hat sich nach den langen Verhandlungen im Parlamentarischen Rat und den Wahlen zum Bundestag am 14. August mit großer Schnelligkeit vollzogen.

Am 7. September haben sich der Bundestag und der Bundesrat konstituiert; am 12. September hat der Bundestag den Bundespräsidenten gewählt, am 15. September den Bundeskanzler. Der Bundespräsident hat mich daraufhin am gleichen Tage zum Bundeskanzler ernannt. Heute, am 20. September, hat er auf meinen Vorschlag die Bundesminister ernannt.

Mit der Konstituierung der Bundesregierung, die am heutigen Tage erfolgt ist, ist auch das Besatzungsstatut in Kraft getreten. Wenn auch die Zuständigkeit des Bundestags und der Bundesregierung durch das Besatzungsstatut beschränkt ist, so darf uns doch diese Entwicklung, dieses Werden des deutschen Kernstaates mit Freude erfüllen.

Der Fortschritt gegenüber den Verhältnissen, die seit 1945 bei uns bestanden, auch gegenüber den Zuständen des nationalsozialistischen Reichs, ist groß. Zwar müssen wir uns immer bewußt sein, daß Deutschland und das deutsche Volk noch nicht frei sind, daß es noch nicht gleichberechtigt neben den anderen Völkern steht, daß es - und das ist besonders schmerzlich - in zwei Teile zerrissen ist. Aber wir erfreuen uns doch einer wenigstens relativen staatlichen Freiheit. Unsere Wirtschaft ist im Aufstieg. Wir haben vor allem aber wieder den Schutz der Persönlichkeitsrechte.

Niemand kann bei uns, wie das im nationalsozialistischen Reich der Fall war und wie es jetzt noch in weiten Teilen Deutschlands, in der Ostzone, zu unserem Bedauern der Fall ist, durch Geheime Staatspolizei oder ähnliche Einrichtungen der Freiheit und des Lebens beraubt werden. Diese Güter: Rechtsschutz, Schutz der persönlichen Freiheit, die wir lange Jahre nicht besaßen, sind so kostbar, daß wir trotz allem, was uns noch fehlt, uns darüber freuen müssen, daß wir diese Persönlichkeitsrechte wieder besitzen. ...

Unter den Bundesministerien fehlt ein Außenministerium. Ich habe auch nicht den an mich herangetragenen Wünschen stattgegeben, ein Ministerium für zwischenstaatliche Beziehungen einzurichten. Ich habe das deshalb nicht getan, weil nach dem Besatzungsstatut die auswärtigen Angelegenheiten unter Einschluß internationaler Abkommen, die von Deutschland oder im Namen Deutschlands abgeschlossen werden, Sache der Alliierten Hohen Kommission für die drei Zonen sind.

Wenn wir demnach auch kein Ministerium des Auswärtigen haben, so bedeutet das keineswegs, daß wir damit auf jede Betätigung auf diesem Gebiete Verzicht leisten. Das Paradoxe

unserer Lage ist ja, daß, obgleich die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands von der Hohen Alliierten Kommission wahrgenommen werden, jede Tätigkeit der Bundesregierung oder des Bundsparlaments auch in inneren Angelegenheiten Deutschlands irgendwie eine ausländische Beziehung in sich schließt. Deutschland ist infolge Besatzung, Ruhrstatut, Marshall-Plan usw. enger mit dem Ausland verflochten als jemals zuvor.

(Abgeordneter Renner: "Verflochten" ist gut!)

Diese Angelegenheiten werden in einem im Bundeskanzleramt zu errichtenden Staatssekretariat zusammengefaßt werden. Davon abgesehen glaube ich, daß die Hohen Kommissare infolge der großen Verantwortung, die sie tragen, keine wichtige Entscheidung in deutschen ausländischen Angelegenheiten treffen werden, ohne mit der Bundesregierung vorher Fühlung genommen zu haben. Die Erfahrung, die ich in den wenigen Tagen meiner Amtstätigkeit gemacht habe, berechtigt mich durchaus zu dieser Annahme. ...

Ich bin überzeugt: wenn, wie es in dem Besatzungsstatut vorgesehen ist, nach 12 Monaten und auf jeden Fall innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten des Statuts die Besatzungsmächte seine Bestimmungen im Lichte der Erfahrungen prüfen, die sie inzwischen gemacht haben, werden die Mächte sicher zu dem Ergebnis kommen, daß es möglich sein wird, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf den Gebieten der Legislative, der Exekutive und der Justiz weiter auszudehnen.

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein Wort über unsere Stellung zum Besatzungsstatut sagen! Das Besatzungsstatut ist alles andere als ein Ideal. Es ist ein Fortschritt gegenüber dem rechtlosen Zustand, in dem wir bis zum Inkrafttreten des Besatzungsstatuts gelebt haben. Es gibt aber keinen andern Weg für das deutsche Volk, wieder zur Freiheit und Gleichberechtigung zu kommen,

(Abgeordneter Renner: Friedensvertrag!)

als indem es dafür sorgt, daß wir nach dem völligen Zusammenbruch, den uns der Nationalsozialismus beschert hat, mit den Alliierten zusammen wieder den Weg in die Höhe gehen. Der einzige Weg zur Freiheit ist der, daß wir im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die Wahl Adenauers (x283/-236): >>... Am 15. September wählte der Bundestag den 73jährigen Konrad Adenauer zum Kanzler. Die im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit für ihn hing an einer einzigen Stimme, seiner eigenen.

Mit der Wahl Adenauers war eine außenpolitische Grundsatzentscheidung gefallen: die Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, die ja als Besatzungsmächte ohnehin kaum politischen Spielraum gestatteten.

Die Parole hieß: Westbindung vor Wiedervereinigung. Als Sitz der Bundesregierung kam Berlin einstweilen nicht mehr in Betracht. Ein Trostpflaster war der Artikel 23 des Grundgesetzes, der dieses auch für "Groß-Berlin" gültig erklärte, sodann die symbolische Anerkennung als deutsche Hauptstadt durch Beschluß des ersten Bundestags und die Vergabe der Postleitzahl 1 an die Stadt. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302): >>... Denn wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte. ...<<

Am 21. September 1949 trat das Besatzungsstatut der Alliierten in Kraft. Es schränkte die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein. Das Besatzungsstatut wurde schließlich 1955 durch die Pariser Verträge teilweise aufgehoben.

Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten entschied sich am 3. November 1949

für den "provisorischen Regierungssitz" Bonn.

Gebiete des Deutsches Reiches (Fläche in qkm, Bevölkerung per 31.12.1950:

<u>Deutsche Provinzen, Länder und Landesteile</u>	<u>Fläche in qkm Stand: 1950</u>	<u>Deutsche Bevölkerung Stand: 1950</u>	<u>Einwohner je qkm Stand: 1950</u>
Westdeutschland (BRD)	245.275	47.589.300	194
Berlin	890	3.325.200	3.736
Saargebiet	2.559	948.700	371
Sowjetische Besatzungszone (DDR)	<u>107.173</u>	<u>17.600.000</u>	<u>164</u>
	355.897	<u>69.463.200</u>	<u>195</u>
Deutsche Ostgebiete (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens)	13.200	.	.
Deutsche Ostgebiete (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern)	<u>101.448</u>	.	.
	<u>470.545</u>	.	.

Quellen: KNAURS LEXIKON, München 1953 (x038/295).

Deutschland mußte nach dem Zweiten Weltkrieg 24,4 % seines Staatsgebietes (in den Grenzen von 1937) abtreten.

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 15. November 1950 (x095/114-119): >>... Sowjetrußland hat sich seit 1945 die Herrschaft über Gebiete von zusammen 12 Millionen qkm verschafft. Es ist dabei in derselben Art und Weise vorgegangen: 5. Kolonne, Einschüchterung der widerstandsbereiten Elemente in den zu unterwerfenden Staaten, Schaffung vollendeter Tatsachen auf dem Wege der Gewalt, Einheitspartei, Einheitswahlen, Sowjetrußland hörige Regierungen.

Die Expansionsstendenz Sowjetrußlands seit 1945 ist derartig eklatant, daß man nicht versteht, wie es möglich war, daß die Westalliierten dem so lange untätig zugesehen haben. Es spricht auch nichts dafür, daß diese Expansionspolitik nicht weiter verfolgt werden soll.

Im Gegenteil, die Ansammlung sowjetrussischer Armeen in der Sowjetzone Deutschlands, die Schaffung des Satellitenstaates "Sowjetzone Deutschland" nach der oben geschilderten Methode, die Schaffung der sogenannten Volkspolizei, die Wühlarbeit in der Bundesrepublik, in den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens lassen völlig klar erkennen, daß Sowjetrußland die Absicht hat, seine Herrschaft auch über Westeuropa auszudehnen.

Das Verhalten der westdeutschen Staaten demgegenüber, insbesondere auch die Einstellung Frankreichs gegenüber der Schaffung einer Abwehrfront einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, lassen den mangelnden Widerstandswillen und die mangelnde Einsicht in die Gefährlichkeit der Lage sehr deutlich erkennen.

Die Behandlung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch durch die Westalliierten hat die Achtung vor allem, was mit Wehrmacht irgendwie zusammenhängt, im deutschen Volke weitgehend vernichtet.

Auch das Bewußtsein, abhängig und nicht frei zu sein, schränkt in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere bei der jüngeren Generation, die Überzeugung, daß es notwendig sei, auch unter Opfern sich die Freiheit von Sowjetrußland zu bewahren, in starkem Maße ein. Man kann nur dann von einem Volk verlangen, für die Freiheit alles zu opfern, wenn es wirk-

lich frei ist und wenn es davon überzeugt ist.

Hinzu kommt, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nicht davon überzeugt sind, daß die Westalliierten wirklich bereit sind, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um die Bundesrepublik vor einem Einbruch sowjetischer Truppen zu schützen. ...

Diese defaitistische Stimmung, die von der Ostzone her aus tausend Quellen genährt wird, war besonders stark nach dem Angriff der Nordkoreaner auf Südkorea. Die Stimmung besserte sich, als die Nordkoreaner durch die UNO-Streitkräfte zurückgeschlagen wurden. ...

... Ein Volk wird nur dann Opfer für seine Freiheit bringen, wenn es überzeugt ist, im Besitze dieser Freiheit zu sein. Diese Überzeugung besteht im deutschen Volke noch nicht und kann auch noch nicht bestehen. In einer sichtbaren und die breiten Massen überzeugenden Weise müssen, wenn das deutsche Volk Kontingente stellen soll, Beweise dafür gegeben werden, daß dem deutschen Volke seine Freiheit in kürzester Frist wiedergegeben wird. Sicher wird das nicht auf einmal möglich sein, aber es muß doch ein sehr starker Fortschritt für alle sichtbar eintreten.

Die Auslieferung von Deutschen an Frankreich zur Aburteilung und die Verhaftung dieser Personen durch Organe der Besatzungsbehörden unter der Begründung, daß der Wille der Besatzungsbehörden über dem deutschen Grundgesetz stehe, und eine ganze Anzahl ähnlicher Dinge erzeugen sehr viel böses Blut ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Konrad Adenauer (x343/12-14): >>>**Der Alte und der Pfälzer**

_ von Jürgen Elsässer

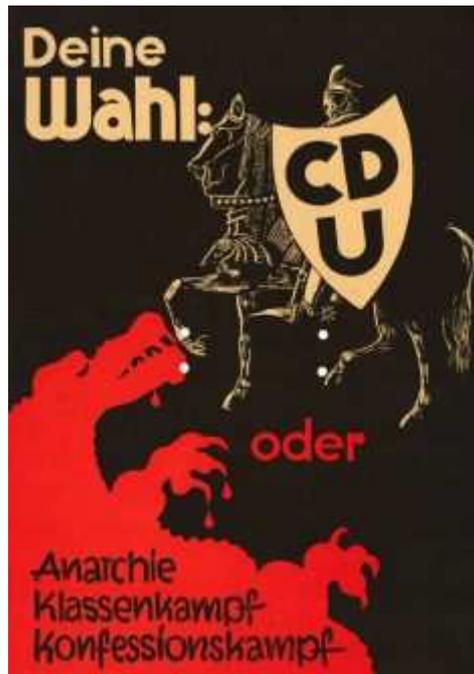
Konrad Adenauer und Helmut Kohl ragen wie Riesen aus der Ahnengalerie der Unionsparteien heraus. Doch bei allen Leistungen haben beide auch gravierende Fehler zu verantworten, die die heutige Misere von Staat und Nation ermöglicht haben.

Die Geschichte der CDU ist die Geschichte dreier herausragender Kanzler, die jeweils weit länger als ein Jahrzehnt die Geschicke des Landes bestimmten: Konrad Adenauer steht für Wirtschaftswunder und Westbindung, Helmut Kohl brachte die Einheit und den Euro, Angela Merkel setzte Grenzöffnung und Islamisierung durch. Unter den ersten beiden ist der Wohlstand für alle Volksschichten gewachsen, unter letzterer hat sich die Bundesrepublik als Sozialamt für die ganze Welt etabliert - zu Lasten von Mittelstand und Arbeiterschaft.

Auf nach Westen

Adenauer, nach seinem Wohnort in der Nähe der alten Bundeshauptstadt auch als "der Alte aus Rhöndorf" titulierte, brachte die Tradition der katholischen Zentrumspartei aus der Weimarer Republik als wichtige Erbschaft in die Gründung der CDU mit ein. Als Oberbürgermeister von Köln (1917 bis 1933) war er dezidiert antipreußisch gewesen - die Stadt und andere Gebiete des heutigen Bundeslandes NRW gehörten damals noch zum größten deutschen Teilstaat - und hatte nach dem Ersten Weltkrieg mit einer Separierung des Rheinlandes an der Seite Frankreichs geliebäugelt.

Diese frühe Prägung ist der Politiker nie losgeworden: Zeitlebens fand er kein Verhältnis zu den Menschen und Mentalitäten östlich der Elbe, wo ab 1949 die "roten Preußen" der SED - so ein Bonmot des Publizisten Wolfgang Venohr - das Sagen hatten. Nach einer Anekdote hat Adenauer auf seinen Reisen durch den Osten immer die Rollos nach unten gezogen und geschimpft: "Da draußen ist Sibirien."



Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 1946. Im Gegensatz zum katholischen Zentrum verstand sich die CDU an als überkonfessionelle christliche Partei. Foto: CDU/KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Sein rheinisches Naturell ermöglichte ihm aber auch große Leistungen: Die sprichwörtliche kölnische Umgänglichkeit machte ihn zum idealen Verhandlungsführer bei den schwierigen Gesprächen mit den Siegermächten und mit Israel. Frankophilie und Katholizismus erleichterten insbesondere eine enge Freundschaft mit Charles de Gaulle und damit eine Aussöhnung mit dem alten Erbfeind jenseits des Rheins. Dabei strahlte er eine Ernsthaftigkeit und Frömmigkeit aus, die ihn in den turbulenten Nachkriegsjahren positiv abhoben von der klassenkämpferischen Linken - er war die charakterliche Identifikationsfigur für die große Mehrheit der leidgeprüften Deutschen.

Ein Schuß Machiavellismus war freilich unverkennbar: Die Wahl zum Bundeskanzler am 15. September 1949 sicherte er sich mit einer einzigen Stimme Vorsprung - seiner eigenen. Und in den Verhandlungen mit Moskau und Ostberlin folgte er der Devise: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Das machte den "Bundeskanzler der Alliierten" - so die Schmähung des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher - für die amerikanische Besatzungsmacht zum idealen Statthalter in der Zeit des Kalten Krieges: Der Alte war, schon aus Eigeninteresse am Machterhalt, völlig unempfänglich für alle Avancen aus dem Osten. Den von Washington geforderten Aufbau der Bundeswehr und den Eintritt in die NATO (1955) setzte Adenauer zuverlässig gegen die sozialdemokratische Opposition durch, die Kommunistische Partei ließ er 1956 gleich ganz verbieten.

Diese Haltung stabilisierte zwar den Teilstaat, verhinderte aber die Einheit Deutschlands. Dabei hätte es diese Chance gegeben: 1951 schlug DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl einen Fahrplan zur Wiedervereinigung vor, den Adenauer ablehnte und mit einem Gegenvorschlag konterte. "Danach hätte der erste Schritt in freien gesamtdeutschen Wahlen zu einer Nationalversammlung bestanden, zu der sämtliche Parteien zugelassen werden sollten. Zur großen Überraschung westlicher Beobachter ging Ost-Berlin auf diese Forderung ein", faßt der Historiker Gregor Schöllgen in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Doch paradoxerweise verweigerte sich Adenauer erneut.

Der nächste Vorstoß kam direkt aus Moskau. Diktator Josef Stalin bot ihm April 1952 ein neutrales Deutschland an, alle fremden Truppen sollten abgezogen werden und dann freie

Wahlen stattfinden. Auch dieser Vorschlag wurde von den Westmächten torpediert. Ihre List: Der Urnengang sollte von den Vereinten Nationen kontrolliert werden - was damals für die UdSSR unannehmbar war, da die USA unter formalem Kommando der UNO gerade einen Krieg gegen das sozialistische Nordkorea führten.

Adenauers Entgegenkommen gegenüber den Besatzern ging sogar so weit, im Jahr 1954/55 die Herauslösung des Saarlandes aus Deutschland und dessen Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich zu billigen. Das Vorhaben scheiterte nur an der Hybris in Paris: Dort wollte man das sogenannte Saarstatut durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen und ging von einer sicheren Mehrheit bei den Saarländern aus. Doch die stimmten mit über zwei Dritteln für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik - und ermöglichten damit eine erste kleine Wiedervereinigung.

Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Adenauers Devise

Es spricht jedoch für Adenauer, daß er trotz aller Westverbundenheit auch weiter die Fühler nach Osten ausstreckte. Ein großartiges Resultat zeigte sein Moskau-Besuch im Jahr 1955 - dort konnte er die Freilassung der verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen aushandeln. Selbst Spuren zu einer "geheimen Ostpolitik" (Schöllgen) finden sich in den Akten.

Bei einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Andrej A. Smirnow 1958 in Bonn fragte er unvermittelt, ob die Russen bereit wären, "der Sowjetzone den Status von Österreich zu geben", also die neutrale Eigenstaatlichkeit. Doch die Initiative verlief im Sande, wohl auch, weil Moskau mit SED-Chef Walter Ulbricht schon an Plänen zur Abriegelung der Zonengrenze arbeitete. Adenauers Mut kam zu spät.

Zwischen Washington und Paris

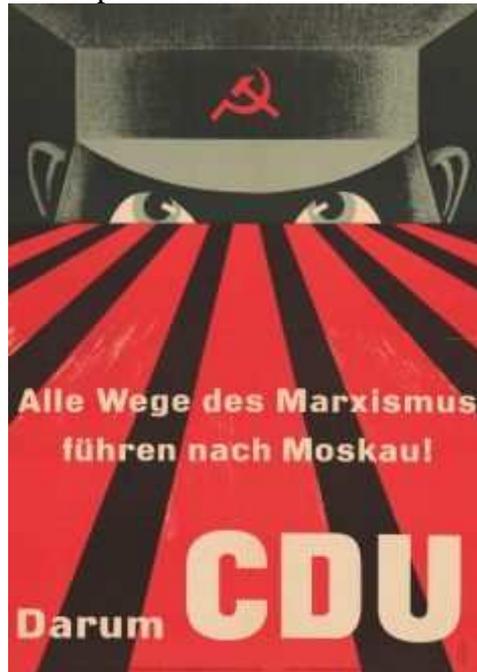
Die Wiedervereinigung, die Adenauer 1952 als Geschenk Moskaus nicht akzeptieren wollte, erhoffte er sich durch eine Politik der Stärke an der Seite der NATO, die auch die Bereitschaft zur militärischen Konfrontation einschloß. Tatsächlich galt in den USA zu Anfang der 1950er die Doktrin des sogenannten Rollback - und im Koreakrieg gab es Planungen, dieses Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses auch mit Hilfe von Atomwaffen durchzusetzen. Doch der Sputnik-Schock kühlte die Gemüter ab: Mit dem weltweit ersten Start eines Satelliten demonstrierten die Sowjets 1957, daß ihre Raketen auch den amerikanischen Kontinent erreichen konnten.

In der Folge nahm die Bereitschaft der USA rapide ab, für die Wiedervereinigung in einen Krieg zu ziehen, der auch ihr eigenes Territorium hätte verwüsten können. Adenauer war freilich kein Hasardeur: Nach dem Mauerbau zeigte er sich zwar enttäuscht über die Zurückhaltung von Präsident John F. Kennedy - für ihn ein "Schaumschläger" -, aber goß selbst auch kein Öl ins Feuer und besuchte die "Frontstadt" in den heißen Tagen nach dem 13. August 1961 nicht. Dennoch stellte die neue US-Politik die Union vor ein Dilemma.

Zwei Fraktionen bildeten sich heraus: Die Atlantiker um Außenminister Gerhard Schröder (nicht zu verwechseln mit dem wesentlich jüngeren SPD-Politiker) und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard standen gegen die Gaullisten um Strauß und Adenauer. Diese versuchten mit den Franzosen die Lücke zu schließen, die das amerikanische Desengagement in der deutschen Frage gelassen hatte. Besonders Strauß war eifrig und hatte schon 1957/58 mit Paris an einer Atomwaffenzusammenarbeit gebastelt. Es gibt Hinweise darauf, daß sein Sturz in der Spiegel-Affäre 1962 nicht ohne Hilfestellung der amerikanischen Geheimdienste zustande kam.

Adenauer stellte es klüger an. Sein Besuch in Frankreich 1962 fand in der alten Krönungsstadt Reims ihren Höhepunkt bei einer deutsch-französischen Truppenparade - 17 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine ungeheure Symbolik! -, und die Gegenvisite De Gaulles im selben Jahr glich geradezu einem Triumphzug. Im Januar 1963 wurde ein deutsch-französischer Vertrag unterzeichnet, der eine privilegierte Zusammenarbeit beider Staaten vorsah und von

Kritikern als antiamerikanisch interpretiert wurde.



Nicht nur im Bundestagswahlkampf 1953 setzte die CDU auf harten Antikommunismus. Foto: CDU, KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Doch der Druck der Atlantiker, auch in der CDU, war so stark, daß der Vereinbarung in der deutschen Fassung eine Präambel vorangestellt wurde, die das Dokument weitgehend entwertete. De Gaulle mußte seinen Weg, der ihn zum Austritt aus der Militärstruktur der NATO führen sollte, allein weitergehen - die BRD blieb an der Seite der USA. ...<<

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Der "Deutsche Volksrat" veröffentlichte am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" (x156/64-65): >>Der deutsche Volksrat ist die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes. Er fordert hiermit die Verwirklichung des Rechtsanspruchs des deutschen Volkes auf die Gestaltung seines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Schaffung einer freien, demokratischen Republik und den Abschluß eines Friedensvertrages.

Er hat die konkreten Maßnahmen zur Beschreitung dieses Weges unternommen, legt hiermit dem deutschen Volk den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik vor und stellt ihn zur freien Diskussion. Auf dem dritten Volkskongreß wird die Bilanz dieser Diskussion gezogen werden und diese Verfassung zur Beratung stehen.

Im Gegensatz zu dieser Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zeigen die Verhandlungen des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn, daß hier nicht nur die Einheit der deutschen Nation, sondern auch die Demokratie preisgegeben werden. Die in Bonn ausgearbeitete Verfassung für den westdeutschen Staat dient dem Versuch, das deutsche Volk unter die Macht zu beugen, die sich die westlichen Besatzungsmächte entgegen den Verpflichtungen von Jalta und Potsdam angeeignet haben. Das Bonner Statut nimmt sowohl den Zustand der Besatzung als auch die Usurpation des größten Teiles der deutschen Wirtschaft durch ausländische Machthaber bedingungslos hin.

Die in ihm festgelegten Befugnisse deutscher Organe und Rechte deutscher Bürger widersprechen den Interessen des deutschen Volkes. Das zu errichtende westdeutsche Staatswesen ist ein Vasallenstaat und der Willkür fremder Mächte unterworfen. Ein Besatzungsstatut kann weder die Freiheit Deutschlands noch die seiner Bürger herstellen. Es bestätigt und verewigt nur den Zustand der Besatzung.

Die Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik kann nicht aus der Befehlsgewalt von Besatzungsmächten geboren werden, sondern sie muß dem eigenen und freien Willen des gesamten deutschen Volkes entspringen. Zu dieser Willensbildung ruft der Deutsche Volksrat das gesamte deutsche Volk auf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Verfassung" der DDR (x009/454-455): >>>Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat als Staatsgrundgesetz eine völlig andere Bedeutung als die Verfassung demokratischer Staaten. ...

1. Entstehungsgeschichte

Die Verfassung ist nicht aus einer gewählten verfassunggebenden Versammlung hervorgegangen. Diese Rolle maßte sich vielmehr ein aus dem Zweiten Volkskongreß ... hervorgegangener "Deutscher Volksrat" an, dessen Mitglieder aus Delegierten der Parteien und Massenorganisationen bestanden. Er ließ durch einen Verfassungsausschuß den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" ausarbeiten, der am 22.10.1948 veröffentlicht wurde. ...

2. Inhalt

Die Verfassung ist in ihrem Wortlaut weitgehend der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet. So erscheint deren Art. 1 Abs. 2: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" in der Fassung: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" (Art. 3 Abs. 1). Auch das Bekenntnis zu dem Grundgesetz freier Wahlen ist in der Verfassung der DDR in fast die gleichen Worte gekleidet wie in Art. 22 der Weimarer Reichsverfassung: "Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt (Art. 51 Abs. 2).

Insbesondere haben die Vorschriften über die Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung als Vorbild gedient; sie stimmen z.T. fast wörtlich überein. Wie die entsprechenden Normen des Grundgesetzes sind diese Artikel unmittelbar geltendes Recht. Ihr Sinngehalt ist jedoch ein völlig anderer als der gleichlautender Formulierungen der Verfassung rechtsstaatlicher Demokratien. Denn die volksdemokratische Ordnung kennt nur das Primat der Gemeinschaft, nicht dagegen die Freiheit des einzelnen um des einzelnen willen. So ist auch der Schutz der Grundrechte vor Maßnahmen der Staatsgewalt denkbar schwach ausgestaltet und bezeichnenderweise jeder richterlichen Nachprüfung entzogen. ...

Sämtliche Grundrechte stehen jedoch nur auf dem Papier und werden seit dem Inkrafttreten der Verfassung ständig und bewußt verletzt und sogar durch die Gesetzgebung in verfassungsmäßig unzulässigerweise Weise eingeschränkt.

... Scheint die Verfassung auf den ersten Blick wenigstens formal den Voraussetzungen eines demokratischen Staatsgrundgesetzes zu entsprechen, so genügt sie bei genauerer Betrachtung selbst diesen Anforderungen nicht. Der angeblich die völlige Volkssouveränität verkörpernden Volkskammer fehlt seit der Verwaltungsneugliederung auch das ohnehin bescheidene Regulativ der Länderkammer. Insbesondere aber ist die in allen Demokratien unumgängliche "dritte Gewalt", die richterliche, schwach ausgebildet und effektiv wirkungslos. Es gibt neben der faktisch und gesetzlich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Richter nach dem Wortlaut der Verfassung kein Verfassungsgericht. ...<<

Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Volkskammer" (x009/466): >>>Volksvertretung der SBZ, deren verfassungsrechtliche Stellung entsprechend der Verneinung des Gewaltentrennungsgrundsatzes und der zentralstaatlichen Tendenz der Verfassung außerordentlich stark ausgestaltet ist - "höchstes Organ der Republik", Art. 50 der Verfassung.

Infolge der tatsächlichen politischen Machtverhältnisse stellt sich die Volkskammer als

Scheinparlament dar.

... Die Volkskammer konstituierte sich ... nach der am 15.10.1950 auf Grund des verfassungsändernden Gesetzes vom 9.8.1950 durchgeführten Abstimmung über die Einheitsliste der Nationalen Front endgültig. Angeblich sollen 99,7 % der Stimmberechtigten für die Einheitsliste gestimmt haben. ...<<

Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR ging die DWK in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK wurden Minister und Staatssekretäre.



Abb. 79 (x315/152): Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik durch den Deutschen Volksrat am 7. Oktober 1949.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 42/1949 berichtete am 13. Oktober 1949 über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: >>Weg

Die Sowjetunion vollzog den verwaltungstechnischen Gegenzug zu Bonn. Auf einem ersten Staats-Empfang der ostdeutschen Volkskammer gab SMA-Chef Wassili Tschuikow den Entschluß der Sowjetregierung bekannt, "der provisorischen Regierung der deutschen demokratischen Republik die Verwaltungsfunktionen zu übertragen, die bisher der sowjetischen Militäradministration zustanden". An deren Stelle tritt eine sowjetische Kontrollkommission. General Tschuikow nannte die westdeutsche Bundesregierung eine spalterische Marionetten-Regierung ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ...

Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 - ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt - zerbrach eine wichtige Klammer zwischen

West-, Mittel- und Ostdeutschland.

... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.

Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x287/193): >>Die staatliche Organisation des zweiten deutschen Teilstaates beginnt bereits im Dezember 1947 mit dem Deutschen Volkskongreß, der aus gewählten Delegierten vor allem aus der SBZ, aber auch den Westzonen bestand.

Am 7. Oktober 1949 trat die erste der Serienverfassungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. ...<<

Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete DDR war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteiendiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht.

Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche. Alle DDR-Bürger wurden regelmäßig fast überall überwacht und Andersdenkende systematisch unterdrückt. Persönliche Freiheitsrechte gab es nicht. Jegliche freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Zeitungen, Radio, Fernsehen und sonstige kulturelle Einrichtungen wurden systematisch zensiert.

Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen von 1945 bis 1989 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein sollten, erzogen. In den Schulen mußte Russisch - ab Klasse 5 - als erste Fremdsprache gelehrt werden.

Die Kommunisten strebten besonders die Zusammenfassung von Atheisten und Gläubigen an und ließen fast keinen Raum für irgendeine Religion. Nach dem Mauerbau im Jahre 1961 wurde die Reisefreiheit der DDR-Bürger drastisch eingeschränkt. Die allgegenwärtigen Mitarbeiter der Stasi bespitzelten und bekämpften noch eifriger alle potentiellen Staatsfeinde.

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über die "Deutsche Demokratische Republik" (x313/400-402): >>Die Deutsche Demokratische Republik war weder demokratisch noch eine Republik, tat aber alles, um die Illusion einer Demokratie aufrechtzuerhalten. Auch die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim. Zwar waren verschiedene Parteien zugelassen, die allerdings streng kontrolliert wurden. Der Ausgang bei den Wahlen stand von vorneherein fest. Sie wurden stets euphorisch als Sieg des Systems gefeiert.

Russisch war die erste Fremdsprache, die in den Schulen gelehrt wurde. Rund 16 Millionen ... Mitteldeutsche wurden damals auf die marxistische Ideologie eingeschworen und "umerzogen".

Am Anfang bemühte sich die von den Sowjets kontrollierte Regierung, das Land schnell wie-

der auf die Beine zu bringen und die Industrieproduktion anzukurbeln. Mit Hilfe von Fünfjahresplänen erzielte man besonders im Bereich der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Energiewirtschaft (Braunkohle) erstaunliche Produktionserfolge. Zu Beginn der 70er-Jahre war die DDR kurzzeitig das zehntgrößte Industrieland der Erde. ...

Auf der anderen Seite gab es in der DDR nicht genügend Konsumgüter - Autos, technische Geräte, Telefone -, und auch andere Handelsgüter waren knapp. Die Infrastruktur hinkte hinterher, und die Produktionsmethoden wurden mit der Zeit ineffizient. Am erbärmlichsten war es um die Freiheit bestellt. Über alles wachte der Staat, alles kontrollierte er. Der Staat schien allgegenwärtig zu sein, das Individuum war nichts, der Staat alles.

... Die Ausbildung war zum Teil hervorragend, doch wenn es um geisteswissenschaftliche Fächer ging, dann wurde stramm in Richtung Marxismus/Leninismus indoktriniert.

Genau genommen wurden die Menschen in der DDR nach Strich und Faden belogen und betrogen. Mithilfe einzelner, sichtbarer Erfolge, wie z.B. im Hochleistungssport, versuchte man, so etwas wie ein eigenes deutsches Bewußtsein zu schaffen, doch das mißlang.

Die freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Radio, Fernsehen und Kunst wurden streng zensiert. Die DDR war eine lupenreine Diktatur, selbst wenn es einige Freiräume und Bürgerrechtler gab, man westliche Sender hören und sehen konnte und im Rahmen der Kirchen so manches laut gesagt wurde.

Aber schon die Reisefreiheit war beschnitten, die allgegenwärtige MfS bespitzelte alle und jeden. Es gab rund 90.000 offizielle und etwa 100.000 inoffizielle Mitarbeiter der Stasi - eine unerhörte Menge für ein Land mit rund 16 Millionen Einwohnern. Jeder ... 84. Bürger war ein Spitzel!

Opposition wurde grundsätzlich im Keim erstickt ... Es handelte sich um einen Unrechtsstaat, kontrolliert von der Sowjetunion, die mehr als 300.000 Soldaten in der DDR abgestellt hatte, vom KGB ganz zu schweigen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hielt alles fest im Griff. Erst Walter Ulbricht, dann ab 1976 Erich Honecker leiteten diese Diktatur im Auftrage der Sowjets.

Viele Bürger flohen, selbst die "Mauer" half nicht viel, der "antifaschistische Schutzwall", wie er offiziell genannt wurde. Das Recht wurde regelmäßig gebeugt. Menschen überall überwacht und Andersdenkende unterdrückt.

Die Hypothek wog schwer: Bis zum Jahre 1945 wurden die Menschen in der DDR mit dem Nationalsozialismus traktiert, danach versuchte man, ihnen den Marxismus-Kommunismus einzuhämmern. ...<<

Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete DDR war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die sog. "freien, geheimen Wahlen" waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteidiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht. Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche.

Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen von 1945 bis 1989 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein sollten, erzogen.

Die Oder-Neiße-Linie sowie Spaltung statt Vereinigung" Mittel- und Westdeutschlands

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland bemühten sich zunächst um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete. Diese Bemühungen währten schließlich nur bis zum 7. Dezember 1970 (Warschauer Vertrag).

Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-

Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren Entwicklung und Festigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/313): >>Die Demarkationslinie zwischen der Sowjetischen Besatzungszone und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verläuft von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde an der Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neiße und folgt dem Lauf der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze.

Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne das Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären.

Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung lediglich "geprüft", doch "bekräftigten die Häupter der 3 Regierungen die Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle". Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Übereinstimmung, daß die in Frage stehenden deutschen Gebiete "unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".

In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlaß der vorläufige Charakter der Oder-Neiße-Linie betont, während Polen und die Sowjetunion die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten.

Polen paßte den Verwaltungs- und Wirtschaftsaufbau den polnischen Verhältnissen an und begann mit einer (bis heute allerdings erst teilweise durchgeführten) polnischen Besiedlung der deutschen Gebiete.

Die Haltung der SED wandelte sich gegenüber der Oder-Neiße-Linie im Laufe der Zeit nach den sowjetischen Wünschen bis zur Anerkennung als endgültige "Staatsgrenze".<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der Sowjetischen Besatzungszone kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtete später über das Görlitzer Abkommen (x125/-112): >>In der Rechtstheorie gilt diese Anerkennung als wirkungslos: die Versuche, die staatsrechtliche Situation Deutschlands in seiner gegenwärtigen Gespaltenheit rechtstheoretisch zu erfassen, ergeben, je nach dem zugrunde liegenden Staatsbegriff, entweder eine Kontinuität oder eine Diskontinuität der deutschen Staatlichkeit über die Zeit hinweg, da die deutsche Staatsgewalt suspendiert war und als "oberste Gewalt" von den Besatzungsmächten ausgeübt wurde.

Nach der Kontinuitätstheorie kann entweder die Bundesrepublik als identisch mit dem ehemaligen Deutschen Reich angesehen werden auf Grund der hier praktizierten Selbstbestimmung der Deutschen, dann ist die gewaltsam separierte DDR auch für Territorialfragen nicht zuständig.

Oder unter dem "fortexistierenden Reichsdach" bestehen zwei Teilstaaten – Bundesrepublik und DDR, dann kann "ein Teilgebilde nicht auf ein nur dem Gesamtstaat zustehendes Recht verzichten".

Oder die Rechtstheorie hält die deutsche Staatlichkeit für im Jahre 1945 – oder 1949 - untergegangen. Diese Theorie gilt zur Zeit im Ostblock und im Selbstverständnis der DDR, die

sich als einen neuen Staat betrachtet. Jedoch "dann kann sie nur in ihren heutigen Grenzen entstanden sein, so daß sie die Ostgebiete weder einschloß noch zu Recht beanspruchen konnte. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 3. Juni 2000) über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>Die Karriere des Görlitzer Abkommens über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"

Als "null und nichtig" bezeichnete am 9. Juni 1950 die Regierung der Bundesrepublik Deutschland das drei Tage zuvor in Warschau von Vertretern der DDR und Polens unterzeichnete Regierungsabkommen, das am 6. Juli 1950 in Görlitz, genauer in dessen rechts der Neiße gelegenem Teil, förmlich geschlossen werden sollte.

Unwirksam seien die dort getroffenen Vereinbarungen über die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen, niemals werde sich die Bundesregierung als Sprecherin des gesamten deutschen Volkes mit "der allen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit widersprechenden Wegnahme dieser rein deutschen Gebiete abfinden". ...

Tatsächlich konnten weder die DDR noch die Bundesrepublik mangels Souveränität über eine mit der Grenzfestlegung verbundene Abtretung deutschen Gebiets verfügen. Der durch die Potsdamer Vereinbarungen keineswegs eliminierte deutsche Gesamtstaat war aufgrund fehlender Organe hierzu ebenfalls nicht in der Lage.

Als völlig abwegig beurteilte man die Festschreibung einer "Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland" also ein Handeln der DDR im Namen ganz Deutschlands, als dessen reorganisierter Kernteil sie sich verstand.

Alle Bundesregierungen bis 1969 betonten in der Folge konsequent den allenfalls provisorischen Charakter der Oder-Neiße-Grenze. Immer wieder gab es entsprechende Bekundungen von Politikern der Regierungs- sowie der Oppositionsparteien.

So attestierte etwa Willy Brandt 1963 in der Stuttgarter Zeitung demjenigen, der "der diktierten Grenzlinie (an Oder und Neiße) zustimmt", daß er "es nicht gut mit den zukünftigen deutsch-polnischen Beziehungen" meine. Auf Regierungsebene sprach sich Brandt als Außenminister erstmals 1968 für eine "Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung" aus.

Bekanntlich spielte die Grenzfrage in den deutsch-polnischen Vereinbarungen der frühen 70er Jahre eine bedeutende, die bundesdeutsche Politik und Öffentlichkeit wie kaum ein anderes Thema polarisierende Rolle. Im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 stellten die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz festgelegt worden sei, "die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet". Sie erklärten, "daß sie gegeneinander keine Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden".

Daß mit diesen von der sozial-liberalen Regierung ausgehandelten Formulierungen keinerlei Vorwegnahme einer friedensvertraglichen Regelung erfolgt sei, sie "keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" bildeten, bekräftigte auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion der Deutsche Bundestag am 10. Mai 1972 - eine Auffassung, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zu den Ostverträgen vom 7. Juli 1975 bestätigte.

Tatsächlich verfestigte sich jedoch die Grenze an Oder und Neiße im Bewußtsein vieler Politiker sowie großer Teile der Öffentlichkeit im Laufe der Zeit immer mehr. Selbst manche Vertreter der christlich-liberalen Regierungen nach 1982 stellten nur noch in Sonntagsreden für Vertriebene die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze in Frage. ...<<

Der Alterspräsident Paul Löbe (1875-1967) erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages (außer KPD) zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen

nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.

Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<

Der Deutsche Bundestag beschloß am 14. September 1950 (x353/80): >>... Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit. Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betreiben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln.<<

"Bild-Extra" berichtete am 31. Dezember 1950 über das Elend der deutschen Heimatvertriebenen (x305/12-13): >>**13 Millionen suchen eine Heimat** ...

Alles, was die Menschen haben, steckt in Koffern oder Kartons. Drei Quadratmeter Freiheit für jeden Flüchtling, einem Häftling stehen sechs zu.

Der Zweite Weltkrieg bescherte Deutschland die größte Völkerwanderung seiner Geschichte. 13 Millionen Menschen sind seit Kriegsende gen Westen gezogen. Sie alle suchen eine neue Heimat.

In der Bundesrepublik ist jeder fünfte Bürger ein Vertriebener. Jeder zehnte ein DDR-Flüchtling. Dazu kommen die Zwangsausgesiedelten und die Heimkehrer. Die meisten müssen in Sammelbaracken, ehemaligen Arbeitslagern und Wehrmachtbunkern leben. Täglich passieren 15.000 neue Flüchtlinge die Grenze.

Zu der Wohnungsnot kommt die soziale Armut. Zwei Drittel der Vertriebenen und Flüchtlinge erhalten "Soforthilfe" von rund 45 Mark. Die Not schweißt die Vertriebenen zusammen. Die verschiedenen Landsmannschaften organisieren sich, helfen einander, machen Heimattreffen. ...<<

Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher berichtete am 1. März 1951 in Berlin (x353/80): >>... Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 ... erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neisse-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstricken zu lassen.<<

Nach einer Flüchtlings-Sondererhebung lebten am 31. Dezember 1950 in Schleswig-Holstein noch etwa 14,5 % der Vertriebenen in behelfsmäßigen Massenunterkünften (x153/25).

Bei der Volkszählung im Jahre 1950 wurden in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten 1,25 Millionen Deutsche als "Autochthone" klassifiziert (x077/35). Diese ehemaligen deutschen Staatsangehörigen wurden als Autochthone - d.h. Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier - wegen ihres Dialekts oder ihrer Namensform als Polen reklamiert oder als unabhkömmliche deutsche Arbeiter nicht ausgewiesen, sondern zur Option für Polen gezwungen.

Der CDU-Politiker Hans Lukaschek, von 1949-53 Minister für Vertriebene, beauftragte im Jahre 1950 bekannte deutsche Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten.

Am 27. Januar 1951 wurde die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten auf Bundesebene gegründet, so daß eine eigenständige überregionale Partei der deutschen Vertriebenen entstand.

Am 8. April 1951 wurde der Jugendbund "Deutsche Jugend des Ostens" gegründet. Diesen Jugendbund bezichtigte man seit Ende der 60er Jahre regelmäßig des Revanchismus und der Rechtsradikalität.

Die Bundesregierung beschloß am 22. Mai 1951, weitere 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln, um die Gemeinden zu entlasten und die Eingliederung der Vertriebenen zu fördern (x182/218).

Stalin schlug den 3 Westmächten am 10. März 1952 Grundzüge eines Friedensvertrages mit Deutschland vor (x149/156): >>Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln. ...

Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. ...

Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte ... zu besitzen, die für die Verteidigung des Lands notwendig sind. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Stalin-Note von 1952 (x283/239-241): >>... Stalins Angebot weckte in Deutschland große Hoffnungen. Es fand verbreitete Zustimmung, zumal bei der SPD. In diesem Sinne empfahl auch Ernst Reuter, auf das Angebot behutsam einzugehen.

Anders dachte der frankophile (franzosenfreundliche) Adenauer, der 1923 die Lostrennung des Rheinlandes von Preußen betrieben hatte.

Berlin wäre nach Stalins Plan 1952 wieder Hauptstadt geworden. Bei den avisierten gesamtdeutschen Wahlen war mit einem Sieg der Sozialdemokraten zu rechnen, und überhaupt schien dem Kanzler wohl ein Zuwachs an Preußen und Protestanten unsympathisch.

Gleichwohl verleugnete Adenauer das Ziel einer Wiedervereinigung nicht gradewegs, verstand sich dazu aber erst nach erfolgter Westbindung der Bundesrepublik und einer Umwälzung in Osteuropa. Damit war er seiner Zeit allzu weit voraus. Zunächst wollte Adenauer verhindern, daß seine Politik in Gefahr geriet, was Stalin in aller Offenheit bezweckte. Denn der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stand unmittelbar vor dem Abschluß.

Es wurde dann jedoch nicht durch Moskau, sondern – eine Ironie der Geschichte – durch Paris torpediert. Erst drei Jahre später erfolgte der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO.

Adressat der Stalin-Note war nicht Adenauer. Seine Meinung fiel nicht wesentlich ins Gewicht. Gefragt waren die Westmächte. ...

Eine Verhandlung über die Stalin-Note wurde von Washington keineswegs offen abgelehnt, aber auf Druck von Paris, London und Bonn bewußt an Bedingungen gebunden, die für Stalin unannehmbar waren, nämlich an die vorab eingeräumten Möglichkeiten einer Revision der Oder-Neiße-Grenze und eines Beitritts Gesamtdeutschlands zur NATO. Damit war die Chance verspielt, festzustellen, ob Stalins Angebot gutwillig war.

Wäre die von ihm entworfene Lösung zustande gekommen, so hätte sich der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands verzögert, aber es hätte sich auch das unendliche Leid erübrigt, das in den Folgejahren das SED-Regime verschuldet und die fortdauernde Teilung Deutschlands mit sich gebracht hat. Das, was schließlich 1990 mühsam errungen wurde, wäre bereits 1952 erreicht gewesen.

Um diese schmerzhaftige Konsequenz einer versäumten Gelegenheit zu vermeiden, empfahl sich der Ausweg, zu bestreiten, daß eine solche Gelegenheit tatsächlich bestand, und die Stalin-Note für bloßes Störfeuer, für Bluff zu erklären. Da der Westen sich aber weigerte, dies durch Verhandlung aller Welt vor Augen zu führen, so kann das nur aus der Besorgnis erklärt werden, daß Stalin es am Ende doch ernst meinte. Aber man wollte das von Moskau vorgesehene Resultat nicht. Daher erübrigte sich der Test, ob Stalin wirklich bereit gewesen wäre, die DDR aufzugeben.

Die neuere Aktenlage zeigt, daß Stalins Vorstoß nur ein propagandistisches Manöver war.
...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 23. März 2002 über die "Die Stalin-Note" (x887/...): >>Moskaus gescheiterter Störversuch

Die Aufregung bei den Westmächten war groß und die Besorgnis im Bonner Kanzleramt spürbar, als am 10. März 1952 die Nachricht aus Moskau einging, daß die Sowjetregierung einen Friedensvertragsentwurf für Deutschland vorgelegt habe und eine Viererkonferenz darüber vorschläge.

Tatsächlich hatte an diesem Tag der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, den diplomatischen Vertretern Englands, Frankreichs und der USA eine Note und ein Memorandum übergeben. Darin regte die Regierung der Sowjetunion die Einberufung einer "Konferenz der vier Großmächte über die Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages" an und schrieb wörtlich:

"Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, legt die Sowjetunion ihrerseits den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor."

Zugleich erklärte sich Moskau bereit, "auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen".

Und was die Aufregung im Westen letztlich auslöste: "Die Regierung der UdSSR rechnet damit, in kürzester Frist eine Antwort auf den oben erwähnten Vorschlag zu erhalten".

Der Kreml suchte also, den Westen unter Zugzwang zu setzen und machte seinen Druck geschickt propagandistisch plausibel, als er im beigefügten "Grundriß zu einem Friedensvertrag mit Deutschland" feststellte:

"Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen. Jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag. Es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gemacht werden."

Worte, denen niemand widersprechen konnte und die in den Ohren der national bewußten Deutschen wie Musik klingen mußten, wie man auch diesseits und jenseits der Zonengrenze gern zur Kenntnis nahm, daß nach Meinung Moskaus "der Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden" müsse. Eine demütigende Aussperrung von den Verhandlungen, wie sie Deutschland 1919 in Versailles widerfuhr, sollte es nicht geben.

Diese wohlberechneten Schmeicheltöne sollten besonders national-konservative Kreise in Westdeutschland für den Vorschlag des Kremls einnehmen und Adenauers eingeleitete Westintegrationspolitik stören. Entsprechend beunruhigt war man im Bonner Kanzleramt über die möglichen psychologischen Auswirkungen der Moskauer Wiedervereinigungsinitiative auf die Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung. Starke politische Kräfte gaben damals immer noch dem Streben nach nationaler Einheit den Vorzug vor einer Westbindung. Die gerade in jenem Jahre 1952 stattfindenden Olympischen Winterspiele in Oslo und Sommerspiele in Helsinki dokumentierten durch die Teilnahme einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft noch zusätzlich diesen Einheitswillen und konnten in dieser Tendenz von Moskau für seine Zwecke eingesetzt werden. Alles dieses erfüllte Kanzler Adenauer mit Sorge.

Über die Beibehaltung einer gemeinsamen deutschen Olympiamannschaft hinaus bereitete ihm die augenscheinlich "konzertierte Aktion" zwischen den Ost-Berliner Kommunisten und dem Kreml ungleich größeres Kopfzerbrechen.

Der als "Stalin-Note" in die Geschichte eingegangenen Deutschland-Initiative Moskaus war nämlich ein Ersuchen der DDR-Regierung in Ost-Berlin an die vier Hauptsiegermächte vo-

rausgegangen. Darin wurden die Regierungen in London, Moskau, Paris und Washington gebeten, "den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen", worauf die Sowjetführung mit der Versicherung geantwortet hatte, "alles, was möglich ist, zu tun, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates zu beschleunigen". Schon knapp drei Wochen später, am 10. März 1952, übergab dann Gromyko den drei westlichen Vertretern in Moskau die erwähnte Note mit dem beigefügten Memorandum.

Der vorgelegte Friedensvertragsentwurf enthielt neben diskutablen und annehmbaren Punkten wie die Wiederherstellung der deutschen Einheit, den Abzug der Besatzungstruppen und die Errichtung einer eigenen Wehrhoheit auch Auflagen wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze und die Neutralisierung Gesamtdeutschlands, Vorbedingungen, von denen der Kreml wissen mußte, daß sie vom Westen und von der Bonner Regierung schwerlich angenommen werden würden und deren Nennung die ganze sowjetische Deutschland-Initiative in den Verdacht brachte, nichts anderes zu bezwecken, als die sich gerade vollziehende Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern.

Adenauer war es bekanntlich gelungen, den drei westlichen Besatzungsmächten gegen die Zusage eines deutschen Wehrbeitrags große Zugeständnisse wie die Beendigung ihrer Oberherrschaft in Westdeutschland und die Mitgliedschaft in internationalen Einrichtungen und Organisationen zu erreichen. Dabei nahm die Teilnahme am westeuropäischen Einigungsprozeß absoluten Vorrang ein und innerhalb diesem wiederum die Verständigung mit Frankreich. Als Zeitzeuge der leidvollen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts wußte der deutsche Kanzler, daß am Anfang einer europäischen Einigung die endgültige Beendigung der sogenannten Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich stehen mußte.

Um dieses Ziel zu erreichen, nutzte er alle sich bietenden Möglichkeiten und Gelegenheiten und begriff selbst Nachteile als Chancen wie etwa die Teilung Deutschlands, mit der er den wiederholt von deutscher Stärke sich bedroht fühlenden Franzosen die Furcht vor einer gegenseitigen Annäherung nahm oder die weitgehend fehlende Souveränität der Bundesrepublik, die es ihm erleichterte, seine deutschen Landsleute für die Zustimmung zur Übertragung von Hoheitsrechten auf übernationale Institutionen wie die Hohe Behörde der Montan-Union zu gewinnen.

Westlichen Nachbarn wie eigenen Landsleuten wußte er, unpopuläre Entscheidungen wie das Ja zur Aufstellung einer westdeutschen Armee mit der sich augenscheinlich verstärkenden Bedrohung durch die Sowjetunion plausibel zu machen. Der Ausbruch des Koreakrieges gab Adenauers besorgter Beurteilung, daß "die Lage noch nie so ernst" gewesen sei, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit.

Scharfsichtig erkannte der deutsche Kanzler auch die große Bedeutung der handelnden Personen in der Politik und ihrer gegenseitigen Wertschätzung. So fand er für seine Verständigungspolitik gegenüber Frankreich im französischen Außenminister Robert Schumann einen gleichgesinnten Partner und konnte mit ihm die deutsch-französische Annäherung ein gutes Stück voranbringen; wie er im Übrigen auch im italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi einen ebenso überzeugten Mitstreiter für ein vereinigtes Europa hatte.

Daß er sich mit dem einst reichsdeutschen Rechtsanwalt aus Elsaß-Lothringen und dem ehemals österreichischen Korporal aus Südtirol auf Deutsch unterhalten konnte, empfand der nicht allzu polyglotte frühere Kölner Oberbürgermeister als eine zusätzliche Ermunterung zu weiteren Gemeinsamkeiten.

All' das stand in den Augen des Kanzlers der Bundesrepublik Konrad Adenauer jedoch zur Disposition, wenn die Moskauer "Friedensvertrags-Initiative" ihre erhoffte Resonanz im Westen finden würde. Da kam es ihm zupaß, daß die deutschen Heimatvertriebenen entschieden gegen die in der Moskauer Note geforderte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze Stellung nahmen und vor einem "unbedachten Entgegenkommen des We-

stens" warnten.

Entsprechend geschlossen standen sie hinter Adenauers Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der am 12. März 1952 in einer Rundfunkansprache zum einschlägigen Punkt im sowjetischen Friedensvertrags-Entwurf erklärte: "... Nur eines muß gesagt werden: Deutschland kann auf unbestreitbar deutsche Gebiete nicht Verzicht leisten. Wir haben ja schließlich auch die klare Bestätigung der Westmächte, daß in Potsdam keine endgültigen Beschlüsse über die künftigen Grenzen gefaßt wurden."

Dem widersprach erwartungsgemäß die DDR-Regierung in Ost-Berlin. In einer Regierungserklärung vor der Volkskammer führte dazu Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) am 14. März 1952 aus: "Die im Entwurf der Sowjetregierung vorgeschlagene Regelung der territorialen Fragen auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse stellt die einzige reale Lösung dieser Frage dar. Die Großmächte haben sich im Potsdamer Abkommen über die Grenzen Deutschlands geeinigt. In enger Zusammenarbeit mit der Regierung Polens ist die Oder-Neiße-Grenze zu einer wirklichen Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen geworden. Es wird keiner chauvinistischen Hetze mehr gelingen, das enge Freundschaftsbündnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk zu trüben."

Worte, die deutsche Heimatvertriebene aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen 45 Jahre später inhaltsgleich bekanntlich wieder hören sollten - nur diesmal von Vertretern einer gesamtdeutschen Regierung und nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks.

1952 sollte nach den Vorstellungen Moskaus eine gesamtdeutsche Regierung als Vorstufe zur Friedenskonferenz gebildet werden, um sie an den Verhandlungen der Siegermächte zu beteiligen und von ihr die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze bestätigt zu bekommen. Ein Ansinnen, das damals - nicht zuletzt auch auf Betreiben Kanzler Adenauers - abgelehnt wurde, zumal die Sowjetunion die von ihr vorgeschlagene gesamtdeutsche Regierung nicht aus freien Wahlen hervorgehen lassen wollte.

Noch weniger akzeptabel erschien den Westmächten die vom Kreml geforderte Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Sie sahen - im Verein mit dem deutschen Bundeskanzler - in einer solchen Festlegung nicht nur eine Bevormundung des deutschen Volkes sondern darüber hinaus auch den durchsichtigen Versuch Moskaus, die sich damals gerade formierende westeuropäische Einigung zu stören.

Die am 18. April 1951 begründete Montan-Union und die am 14. September des selben Jahres ausgesprochene "Billigung eines westdeutschen Wehrbeitrages" durch die drei Westmächte sollten durch die sowjetrussischen Vorschläge in Frage gestellt werden und die in jenen Wochen des März 1952 zur Unterzeichnung anstehenden Verträge "über die Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Westmächten" sowie die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Papierkorb landen. Adenauer betrachtete jedoch diese Verträge als ganz wesentliche Bestandteile seiner Außen- und Deutschland-Politik und wollte sie nicht durch die sowjetischen "Friedensvorschläge" gefährden lassen.

Dem vom Moskauer Kreml vorgetragenen Gedanken, Deutschland eigene nationale Land-, Luft- und Seestreitkräfte zu gestatten, parierte er am 16. März 1952 mit den Worten: "Die in der Sowjetnote vorgeschlagene nationale deutsche Aufrüstung ist in Anbetracht der fortschreitenden Waffentechnik nicht möglich. Seit 1945 sind in der militärischen Forschung so große Fortschritte gemacht worden, daß Deutschland aus finanziellen und materiellen Gründen allein auf sich gestellt eine nationale Rüstung nicht aufbauen kann", um dann das Grundkonzept seiner Politik mit dem Satz zu beschreiben: "Ziel der deutschen Politik ist nach wie vor, daß der Westen so stark wird, um mit der Sowjetunion zu einem vernünftigen Gespräch zu kommen".

Diese als "Politik der Stärke" in die Geschichte eingegangene außenpolitische Strategie wurde bekanntlich 30 Jahre später von US-Präsident Ronald Reagan gegenüber Michail Gorbatschow neu aufgenommen und von seinem Nachfolger George Bush schließlich zum Erfolg

gebracht. Späte Erfüllung einer Vision des "Alten von Bonn", die ohne die Abwehr der Stalin-Note vom März 1952 schwerlich eingetreten wäre.

Die Stalin-Note verursachte einen diplomatischen Schlagabtausch, der bis zum Herbst 1952 dauerte. Er konzentrierte sich immer mehr um die Frage, auf welche Weise eine gesamtdeutsche Regierung zustande kommen sollte. Der Kreml wollte sie aus "Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik" und der "Deutschen Bundesrepublik" hervorgehen lassen. Der Westen vertrat dagegen die Meinung, daß sie durch freie gesamtdeutsche Wahlen legitimiert sein sollte und teilte dies der Sowjetregierung in einer gemeinsamen Note Großbritanniens, Frankreichs und der USA am 23. September 1952 mit: "Es kann vor Abhaltung von Wahlen weder eine gesamtdeutsche Regierung gebildet noch Deutschland vereinigt werden."

Und weiter: "Vor der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die in der Lage ist, frei zu verhandeln, ist es unmöglich, die Bestimmungen eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern. Ein Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland kann durch eine deutsche Vertretung weder verhandelt noch angenommen werden, die nicht die Regierung Gesamtdeutschlands ist, die ihn durchzuführen hätte."

Doch: "Eine solche Regierung kann nur aus freien Wahlen hervorgehen." Und über deren Definition gingen schließlich die Auffassungen zwischen West und Ost fundamental auseinander. Die Note der Westmächte vom 23. September 1952 machte dies unmißverständlich klar, indem sie darauf bestand, "daß wahrhaft freie Wahlen der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorausgehen und sie vorbereiten". Denn "die bittere Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Ausdruck 'freie Wahlen' in der üblichen Sprache einen und im amtlichen sowjetischen Sprachgebrauch einen anderen Sinn hat. Der Gegensatz zwischen der Vorstellung von freien Wahlen, wie sie in Westdeutschland und wie sie in der Sowjetzone herrscht, ist offensichtlich."

Nach diesen Klarstellungen verlor der Kreml sichtlich jedes weitere Interesse an der Fortsetzung des Notenwechsels, zumal sich der Westen geschlossen zur Weiterführung seiner bisherigen Deutschlandpolitik bekannte und die Bundesrepublik konsequent Schritt für Schritt zur politischen Selbständigkeit führte.

Konrad Adenauer wurde freilich die Sorge über eine mögliche Verständigung der Westmächte mit ihrem einstigen Kriegsverbündeten Rußland über den Kopf Deutschlands hinweg nicht ganz los. Dies dokumentiert ein Brief, den Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) in der Eisenhower-Forschungsstätte ('Dwight-D-Eisenhower-Library') in Abilene/Kansas gefunden haben und den der Kanzler am 29. Mai 1953 an den neu gewählten US-amerikanischen Präsidenten geschrieben hatte. Darin setzte er sich gleichermaßen kritisch wie freimütig mit der Haltung Großbritanniens beziehungsweise seines damaligen Premierministers Winston Churchill auseinander.

Ohne diplomatische Schnörkel schrieb Adenauer an den einstigen US-Oberbefehlshaber in Europa und nunmehrigen amerikanischen Staatschef: "Wir werden positive Ergebnisse in der Auseinandersetzung mit Sowjetrußland nur erzielen, wenn wir selbst klar und eindeutig wissen, was wir wollen, und dies auch vor dem Beginn einer Verhandlung mit Sowjetrußland deutlich zum Ausdruck bringen."

Hintergrund seiner Kritik war eine Rede Churchills vor dem britischen Unterhaus am 11. Mai 1953, in welcher der Londoner Premierminister für eine "Konferenz auf höchster Ebene zwischen den führenden Mächten" eingetreten war und dazu wörtlich gemeint hatte:

"Diese Konferenz sollte nicht durch eine gewichtige und rigorose Tagesordnung belastet sein oder zu einem Irrgarten oder Dschungel technischer Details führen, die zelotenhaft von Horden von Experten und Beamten verfochten werden, die in einer weiten und schwerfälligen Schlachtordnung aufgereiht sind. Die Konferenz sollte auf die kleinstmögliche Zahl von Mächten und Personen begrenzt werden. Sie sollte mit einem Maß von Informalität und einem noch größeren Maß von Geheimhaltung in Abgeschlossenheit abgehalten werden."

Dieser mit den Bündnispartnern nicht abgestimmte Vorschlag einer Gipfelkonferenz erinnerte den Kanzler an die überraschende Stalin-Note vom 10. März 1952 und ließ ihn fürchten, daß die Allianzen von Teheran und Jalta wiederauferstehen und Deutschland isolieren könnten. Von dieser Sorge konnten ihn auch die überaus schmeichelhaften Worte Churchills, er sei "der weiseste Staatsmann seit den Tagen Bismarcks", nicht befreien; vielmehr betonte er in seinem Brief an Eisenhower, "daß die Alliierten keine Regelung der Deutschlandfrage mit den Sowjets treffen sollten, ohne daß die Bundesregierung gehört worden ist und ihre Zustimmung erklärt hat".

Damit nicht genug. Adenauer regte "angesichts der schicksalhaften Bedeutung einer Regelung der Deutschlandfrage für das deutsche Volk und für Europa" Eisenhower gegenüber noch zusätzlich an, vor einem etwaigen Treffen mit den Sowjets eine Konferenz der westlichen und deutschen Außenminister-Stellvertreter abzuhalten, "in welcher eine Übereinstimmung des für die Lösung der Deutschlandfrage auf einer Viererkonferenz einzuschlagenden Weges erzielt werden sollte".

In der begründeten Annahme, daß Präsident Eisenhowers amtierender Außenminister, John Foster Dulles, die Notwendigkeit einer solchen vorherigen gegenseitigen Abstimmung genau so sah, brachte Adenauer seine Überzeugung zum Ausdruck, "daß einer solchen Bitte die Berechtigung nicht versagt werden kann, wenn man an die Aufgaben denkt, die Deutschland innerhalb der westlichen Gemeinschaft gestellt" seien.

Der Kanzler trat also in seiner Intervention bei Präsident Eisenhower keineswegs nur als ergebener Bittsteller auf, sondern nahm auch auffallend selbstbewußt die deutschen Interessen wahr.

Dies um so mehr, als er seiner obigen Feststellung gleich eine zweite Erwartung folgen ließ, nämlich den Vorschlag, daß die Bundesrepublik "am Verhandlungsort einer Viererkonferenz durch eine Persönlichkeit vertreten" sein sollte, "die laufend und in vollem Umfang von den Delegationen der Westmächte über die Verhandlungen unterrichtet wird". Damit wäre in den Augen Adenauers "eine schnelle Abstimmung der Auffassungen gewährleistet".

Um gleich etwaigen Zugeständnissen der Westmächte zu Ungunsten Deutschlands vorzubeugen, fügte der Bundeskanzler seinem Schreiben "eine Skizze von Gedanken und Zielen" bei, "deren Beachtung" ihm "vom deutschen Standpunkt für die Lösung des Deutschlandproblems wesentlich" erschien.

Stalins Tod am 5. März 1953 und die nachfolgenden Turbulenzen in der Moskauer Führungsschicht ließen die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Viererkonferenz freilich schnell schwinden - und mit ihr auch Adenauers Sorgen um die Zukunft einer freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik. Schließlich sollte diese das Muster für das anzustrebende wiedervereinigte Deutschland bleiben.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2014) im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/32-34): >>>Schlachtfeld Deutschland

_ von Valentin Falin

... *"Die Hitlers kommen und gehen, Deutschland und das deutsche Volk bleiben bestehen."*

Stalin

Nun zur Konferenz von Teheran, 1943: Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill entwickeln Ideen, in wie viele Staaten Deutschland gespalten werden sollte. Reaktion von Stalin: "Ich werde mir darüber Gedanken machen." Dann in Jalta wieder die Frage nach Deutschlands Spaltung. Stalin sagt: "Im Prinzip nicht ausgeschlossen." Zwei Wochen später erhält unser Botschafter in Großbritannien die Instruktion: "Keine Gespräche über Spaltung oder Zerstückelung Deutschlands!" - Das war eine Warnung an die Deutschen gewesen: Wenn Sie die Kapitulationsbedingungen nicht akzeptieren, nur dann kommt das in Frage. Auf der Potsdamer Konferenz 1945 hatte der Westen wieder verschiedene Modelle zur Spaltung Deutsch-

lands in seiner Mappe. Reaktion Stalins: "Keine Spaltung, keine wirtschaftliche und politische Spaltung, Deutschland soll ein einheitlicher Staat bleiben."

Ich könnte Ihnen noch zwei oder drei Stunden vieles aus dem Gedächtnis erzählen. Wir haben nach dem Krieg vorgeschlagen: gesamtdeutsche Gewerkschaften, Parteien und freie Medien, die Kirche darf ungestört in ganz Deutschland aktiv bleiben. Alles wurde total abgelehnt.

Warum sprechen viele Zeitgenossen von verpaßten Chancen bezüglich der Stalin-Note von 1952? Warum erwähnen sie nicht die Angebote Stalins 1950 an Bundeskanzler Konrad Adenauer, die Rückkehr der Kriegsgefangenen über das Rote Kreuz zu beraten? Die Reaktion Adenauers gegenüber dem Deutschen Roten Kreuz war ein totales Verbot von Kontakten. Das ist in einer zynischen Resolution Adenauers im Archiv nachzulesen. Schon 1946 wurde während der Vier-Mächte-Verhandlungen von uns angeboten: freie demokratische Wahlen, Regierungsbildung, Friedensvertrag, nach zwei Jahren Abzug aller Besatzungstruppen. 1947, Antwort der USA: "Wir haben keinen Grund, dem demokratischen Willen der Deutschen zu glauben. Wir werden den Deutschen den Friedensvertrag dann aufzwingen, wenn es für die amerikanischen Interessen richtig ist."

Valentin Michailowitsch Falin (*1926) war Berater des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Nikita Chruschtschow sowie des Außenministers Andrei Gromyko. Von 1971 bis 1978 war Falin Botschafter der UdSSR in Bonn, leitete anschließend die Nachrichtenagentur Nowosti und war zweimal Direktor des Internationalen Ausschusses des Zentralkomitees der KPdSU, bis zu deren Auflösung 1991. Er ist bis heute ein gefragter Kommentator in russischen Medien. - Der obige Text ist die leicht redigierte und gekürzte Fassung des Vortrages, den Falin auf der "Souveränitätskonferenz" von COMPACT Magazin Ende November 2012 in Berlin hielt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2014) im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/41-43): >>>Stalin und die Chance zur Einheit

_ von Klaus Höpcke

Friedensvertrag für Deutschland, Neutralität und freie Wahlen - das Angebot der sowjetischen Führung von 1952 wird im Westen bis heute als Bluff abgetan. Zu Unrecht, wie die Auswertung der Dokumente zeigt.

Am 10. März 1952 veröffentlichte die Regierung der UdSSR eine Note an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Grundlagen eines mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrages.

Das ist 60 Jahre her. Ich hatte seinerzeit mein Studium in Leipzig aufgenommen und bin als Student zum Zeitzeugen geworden. Uns frappte damals besonders der Wagemut, der darin bestand, für Gesamtdeutschland Parlamentswahlen anzubieten. Aufgrund des Übergewichtes der Bevölkerungs- und somit Wählerzahlen in der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber dem Stimmenpotential im Osten fragten wir uns, ob in Betracht gezogen worden war, daß bei einem solchen Urnengang die Entwicklung, die wir in der DDR in Gang gebracht hatten, beeinträchtigt werden könnte. Dies hielten wir für nicht unproblematisch, versuchten es aber als Beitrag für das Gelingen eines Friedensvertrages zu verstehen.

Vor diesem Hintergrund war uns auf den ersten Blick um so unverständlicher, warum die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 25. März 1952 die "Stalin-Note" zurückwiesen. Bei der Suche nach Antworten wurden wir schon zehn Tage danach im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fündig. Dort wurde aus einem Rechenschaftsbericht zitiert, den General Dwight D. Eisenhower, seinerzeit Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, am 2. April 1952 vorgetragen hatte.

Halbes Deutschland

Darin stand zu lesen: "Hier im Herzen Europas liegt ein 246.000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißiger und hochqualifizierter Arbeitskräfte.

Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der Jahresproduktion an Stahl der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt."

"Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb."

Konrad Adenauer

Und weiter: "Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden." Nicht bekannt war uns zu jener Zeit die Kurzfassung der Eisenhower'schen Argumentation in dem Konrad Adenauer zugeschriebenen Satz "Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb."

Während in früheren Jahrzehnten die Erschließung von Quellen zur "Stalin-Note" sehr zu wünschen übrig ließ, kam es vor zehn Jahren zu einer spürbaren Erweiterung der Dokumentenbasis. Erstmals wurde ein Anfang März 2002 im Münchner R. Oldenbourg Verlag erschienen Buch dem deutschsprachigen Publikum mit Akten aus den Moskauer Archiven, vor allem dem des einstigen sowjetischen Außenministeriums, zur Entstehung der Note zugänglich gemacht. Wilfried Loth hat die Edition der Dokumente besorgt und kommentiert (Die Stalin-Note vom 10. März 1952: Neue Quellen und Analysen).

Bei der Lektüre wird für viele überraschend sein, wie anstoßgebend und mit welcher bemerkenswerter Beharrlichkeit das damals an der Spitze der DDR agierende Triumvirat aus Staats-, Regierungs- und Parteichef in Sachen Friedensvertrag Wünsche an die Regierung der UdSSR vorgebracht hat. In den Dokumenten kann man nachlesen, wie die sowjetischen Emisäre wieder und wieder an Josef Stalin und Wjatscheslaw was Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht für notwendig hielten.

Zweitens fällt auf, wie ernsthaft und stetig die sowjetische Seite westlichen Bedenken entgegenkam. Der Umfang der dokumentierten Berücksichtigung von Einwänden übertrifft das auch von mir Erinnerung und Erwartung deutlich. Friedensvertrag - Abzug aller Besatzungstruppen - gesamtdeutsche Wahlen zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und neutralen Deutschlands: Um dieses dreifachen Zieles willen war die Regierung der UdSSR zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit, die erhebliche Abstriche von ihren ursprünglichen Entwürfen bedeuteten.

So wurde der Vorschlag, als erstes einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu bilden, fallen gelassen und empfohlen, daß die Regierung der DDR im Unterschied zu ihren früheren Konzepten an die Bonner Regierung die Forderung nach paritätischer Vertretung als Vorbedingung einer Beratung über Wahlen nicht mehr erhebt.

Östliches Entgegenkommen

Vergleicht man die veröffentlichte Fassung der Friedensvertragsgrundlagen mit vorherigen Varianten, stößt man auch da auf Zeichen des Entgegenkommens.

Ursprünglich ins Auge gefaßte Verbote wurden gestrichen, so etwa das Monopolverbot, das Verbot der Integration des Ruhrgebietes in die entstehende westeuropäische Kooperation und das Verbot des Dienstes deutscher Staatsbürger in ausländischen Armeen und Polizeieinheiten. Zur Militärfrage hieß es nur noch, Deutschland solle die Streitkräfte haben, "die für die Verteidigung des Landes notwendig sind".

Von fortgesetzten Reparationsleistungen war nicht mehr die Rede.

Von der Verpflichtung zu fortgesetzten Reparationsleistungen an die Siegermächte war ebenfalls nicht mehr die Rede. So spricht die "Aktenlage" Blatt für Blatt eine deutliche Sprache:

In Moskau waren vor 60 Jahren Politiker am Werke, die mit großem Ernst den Friedensvertrag mit Deutschland, den Abzug der Besatzungstruppen und gesamtdeutsche Wahlen zur Bildung eines vereinten demokratischen Deutschlands zu erreichen trachteten.

Nach Wortlaut, Sinngehalt und obwaltenden Bedingungen engen die in Loths Quellenedition

enthaltenen Dokumente den Spielraum jener ein, die der "Stalin-Note" ihre Seriosität absprechen und sie als Trick darstellen wollen. So urteilt auch Loth in seinem Kommentar: "Ob es angemessen war, den (sowjetischen) Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands abzulehnen, wird man weiter kontrovers diskutieren können. Daß Stalin wirklich wollte, was er sagte: ein vereintes Deutschland außerhalb des westlichen Blocks, das die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde, daran kann nach der Rekonstruktion der Entstehung der sowjetischen Noteninitiative vom 10. März 1952 jedoch kein Zweifel mehr sein."

Friedensvertrag, gesamtdeutsche Wahlen, neutrales Deutschland.

Als Gegenkommentatoren kommen in dem Band des R. Oldenbourg Verlages Hermann Graml und Gerhard Wettig zu Wort. Zur Sache selbst haben sie wenig zu sagen. Keine einzige der von Loth gegebenen Deutungen der Dokumente findet sich bei ihnen vom Text her widerlegt. Statt dessen versucht Graml sich darin, Loth zu belehren, die von letzterem als "hochrangig" oder "denkbar prominent" angesehenen sowjetischen Politiker, die an der Ausarbeitung der Dokumente beteiligt waren, könnten bloß als "viertrangige Funktionäre" betrachtet werden. Des Weiteren streitet er mit Loth darüber, ob Stalin im Sommer 1951 zögerte oder nicht, wobei erkennbar ist, daß Graml für seine Version keineswegs mehr oder einleuchtendere Anhaltspunkte hat als Loth für seine Ansicht, ein Zögern habe es gegeben.

Westliche Abwehrreflexe

Über ein Hick-Hack zu derartigen, vom Gegenkommentator als "Kleinigkeiten" bezeichneten Stoffen läßt sich ein Sachdiskurs kaum zustande bringen. Darauf kommt es Graml und Wettig offenkundig auch gar nicht an. Da die Dokumente, wie sie nun einmal vorliegen, für die Leugnung der Ernsthaftigkeit des Friedensvertragsangebotes nichts hergeben, versuchen sich die beiden anders zu behelfen. Loth beschäftige sich zu sehr mit den Details, heißt es. Der Blick auf die Selbstgewißheit der harten Bolschewiki fehle. Die hätten beabsichtigt, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR auf Westdeutschland zu übertragen.

Der Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands im Hinblick auf Militärblockzugehörigkeit sei "mit der Ausweitung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein identisch gewesen". Wettig macht sich mit der Interpretation eines Lächelns lächerlich.

Darin, daß Außenminister Andrei Wyschinskis Gesicht sich bei der Entgegennahme der Absagen der Westmächte nicht verdüsterte, sondern aufhellte, wie dem US-Geschäftsträger Hugh S. Cumming, einem der Überbringer schlechter Nachrichten, auffiel, sieht er nun nicht etwa einen Ausdruck vielleicht von Ironie aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus, sondern allen Ernstes einen Beweis dafür, daß die UdSSR-Führung eine konstruktive Aufnahme ihres Angebotes gar nicht wollte. ...

Und immer wieder: "lediglich als Manöver im Propaganda-Krieg gedacht", der "propagandistische Effekt", "ein Mehr an propagandistischer Brauchbarkeit". "Dogmatiker aller Systeme, vereinigt euch!" könnte als Sammelüberschrift über solchen Einlassungen stehen. In ihnen kann nicht sein, was nicht sein darf. In diesem Fall: Daß Spitzenpolitiker der Sowjetunion und der DDR Anfang der 50er Jahre für ein einheitliches demokratisches Deutschland eingetreten sind.

Scholastisch wie die Weigerung, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, ist die von Graml und Wettig vorgenommene Gegenüberstellung von ernst gemeinten politischen Lösungsversuchen einerseits und der östlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung andererseits. Letzteres wird mit verurteilenswerter Propaganda gleichgesetzt und als Beleg für fehlende Ernsthaftigkeit politischer Absichten genommen. Und das schreiben Leute aus einem politischen Milieu, in dem psychologische Kriegsführung zum A und O des Politik-Machens gehört.

Keine Kriegs- oder Kalte-Kriegs-Handlung der USA ohne "War of Wits" (Krieg der klugen Köpfe). ... Das galt damals und gilt bis in die jüngsten Tage.

Die Stalin-Note

- Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt.
- Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden.
- In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährt sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.
- Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.
- Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.
- Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

_ Klaus Höpcke war von 1973 bis 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR, 1990 Volkskammerabgeordneter der PDS und von 1990 bis 1999 PDS-Landtagsabgeordneter in Thüringen. Er gehört dem Sprecherkreis des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke an.<<

Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" berichtete im Mai 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179): >>... Die westlichen Alliierten wollen die deutsche Einheit gar nicht oder doch nicht heute.

Sie wollen so schnell und so eng wie möglich den Einbau Westdeutschlands in die westliche Gemeinschaft. Unzweifelhaft will dies auch Dr. Adenauer, aber jedesmal, wenn er es zu offen zeigt, verliert er die Unterstützung der Öffentlichkeit. ...<<

Bundeskanzler Adenauer sprach am 9. Juli 1952 im Bundestag über die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/97-98): >>... Auch die Integration Westeuropas, meine Damen und Herren, schreitet fort.

Sie begann mit dem Europarat, sie erhielt den ersten kräftigen Anstoß durch den Abschluß über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Schuman-Plan. ... Er wird die Integration Europas in kräftiger Weise fördern. Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wird, wie ich schon ausführte, die Integration Westeuropas ein großes Stück vorwärts bringen.

Leider können wir infolge der gesamten internationalen Lage zur Zeit immer nur von der Integration Westeuropas sprechen. Aber alle diese Pakte, die die Integration fördern, und diejenigen, die noch zu schließen sind, um sie zu vollenden, sehen den Beitrag auch der anderen europäischen Länder vor und werden ihn vorsehen, so daß wir mit Bestimmtheit hoffen können, im Laufe der Zeit zu einer Integration ganz Europas zu kommen.

... Zuruf von der KPD: Bis zum Ural! ...

Lassen Sie mich jetzt noch die Lage der Bundesrepublik infolge der seit 1945 eingetretenen Entwicklung skizzieren.

Die Bundesrepublik steht noch unter Besatzungsstatut. Sie ist unbewaffnet. Sie ist nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Sie ist - und darauf lassen sie mich besonders hinweisen - zur Zeit rechtlich gesehen nur Objekt politischer und strategischer Überlegungen. ...

Durch den Einbau in das größte Verteidigungssystem der Geschichte erhalten wir die denkbar größte Sicherheit, und, meine Damen und Herren, wir sind nicht mehr Objekt politischer und strategischer Überlegungen, sondern wir werden Mithandelnde.

... Solange wir besetztes Land sind, solange wir uns nicht in das westliche Verteidigungssystem eingefügt haben, sind wir ein Niemandsland zwischen 2 großen Mächtegruppen. ...

Wenn wir Mithandelnde werden, können wir auch unsere Kraft dafür einsetzen, daß die be-

stehenden Spannungen zwischen Ost und West auf friedlichem Wege gelöst werden.

Bleiben wir Objekt, so haben wir diese Möglichkeit nicht. ...<<

Die Zeitung "Le Monde" berichtete im Herbst 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179):
>>... Der Augenblick ist noch nicht gekommen, daß man Deutschland volles Vertrauen schenken könnte. ...

Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten sich die Vereinigten Staaten ... mehr auf ihre alten Alliierten stützen als auf den unversöhnlichen Feind in zwei Weltkriegen.<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 29. Mai 1953 an US-Präsident Eisenhower (x095/152-153): >>... 1. Die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetisch besetzten Zone und Berlin kann nur auf Grund freier, geheimer und direkter Wahlen nach einem für das ganze Gebiet einheitlichen Wahlgesetz erfolgen. ...

4. Der gesamtdeutschen Regierung darf nicht das Recht einer freien und gleichberechtigten Nation, sich zu friedlichen Zwecken mit anderen Nationen zusammenzuschließen, vorenthalten werden.

5. Die gesamtdeutsche Regierung nimmt von Anfang an als freier und gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teil.

6. In diesem Friedensvertrag sollte das Recht aller Menschen auf die Heimat Berücksichtigung finden, wie es sich aus christlichen und naturrechtlichen Grundsätzen ergibt.

7. Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, Deutschland wird aber anstreben, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu ordnen. ...<<

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer berichtete während der Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 (x353/80): >>... Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestags und der Bundesregierung wird das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neisse-Grenze niemals anerkennen.<<

Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisierte am 15. Dezember 1953 die französische Außenpolitik (x155/43): >>Französische Parlamentarier, die in der letzten Woche unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Daladier eine mehrtägige Reise durch Polen und die von Polen besetzten deutschen Ostgebiete machten, haben erklärt:

"Die Oder-Neiße-Linie stelle eine natürliche Grenze des Landes dar. Sie sei eine echte Demarkationslinie des Friedens. Alle Bemühungen um eine Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West seien zum Scheitern verurteilt, solange sich der Westen nicht entschließen könne, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Falls die Deutschen die Oder überschreiten würden, bedeute dies den Krieg."

Die Vertriebenen haben im Sinne ihrer Charta immer wieder betont, daß sie einen Krieg zur Wiedereroberung ihrer Heimat nicht wollen. Unantastbar ist für die Vertriebenen jedoch das Recht auf die angestammte Heimat. Es gehört zu den Grundrechten der Menschen, zu deren Hütern sich gerade die französische Nation berufen fühlt.

Jede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sog. Friedensgrenze ist deshalb gleichbedeutend mit der Anerkennung von Unrecht und Gewalt.

Niemals werden die Vertriebenen einer Festlegung der ostdeutschen Grenze zustimmen, die ohne Rücksicht auf den völkerrechtlich gültigen Gebietsstand einer Regelung im künftigen Friedensvertrag vorgreift. ...

Auch für die Lösung des deutsch-polnischen Problems gilt das Wort Abraham Lincolns: "Nichts ist geregelt, solange es nicht geregelt ist."<<

Der SPD-Abgeordnete Jakob Altmaier erklärte am 8. Juni 1954 im Deutschen Bundestag (x352/86): >>... Die Austreibung der Deutschen aus ihrer eigenen, in mehr als tausendjähriger Kultur durch Werke des Friedens ausgestalteten und unverlierbar gebliebenen Heimat war ein Völkermord.<<

Im Jahre 1954 wurde die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa

Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wurde schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.

Obwohl Stalin im Jahre 1952 die Rückgabe der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und den Nichteintritt in die NATO angeboten hatte, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).

Die geplante deutsche Bundeswehr wurde danach in die NATO-Strukturen integriert und die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich damals bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.

Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entfiel im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die Bundesrepublik Deutschland sollte endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte erhalten. Tatsächlich blieben jedoch weiterhin wesentliche Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes der alliierten Siegermächte bestehen.

Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehörte, schlossen am 14. Mai 1955 in Warschau den Warschauer Beistandspakt bzw. ein Militärbündnis gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellten sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Spaltung und Wiedervereinigung" Deutschlands (x009/405-408): >>Auf der Konferenz in Teheran vereinbarten Roosevelt, Churchill und Stalin Ende 1943 die Spaltung Deutschlands. In Jalta war dies im Februar 1945) ihre gemeinsame Forderung. Im März verzichtete Stalin gleich Churchill darauf, die Spaltung zu verlangen. Stalin ließ - dem Buchstaben nach - die Spaltung fallen, denn er befürchtete,

1. seinen Anspruch auf Reparationen und Mitregierung des Ruhrgebietes,
2. die langfristig geplante Bolschewisierung ganz Deutschlands zu gefährden.

Das Potsdamer Abkommen forderte nur "Dezentralisation ... örtliche Selbstverwaltung, jedoch keine Spaltung. Immer wieder behauptet das Regime der SBZ, Deutschland sei nach 1945 von den Westmächten und politischen Kreisen Westdeutschlands gespalten worden. Das ZK der SED behauptete am 7.10.1959 zum "10. Jahrestag der Gründung der DDR!, es hätten "die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands" bewerkstelligt. ...

Die Ausrufung der "DDR" am 7.10.1949 erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Begründung der Bundesrepublik: scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich aber war sie nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion und die SED seit Juli 1945 betrieben hatten.

Seit dem kommunistischen Schritt vom 7.10.1949 ist die Frage der Wiedervereinigung der Hauptgegenstand der innerdeutschen Auseinandersetzung. ...

Jeder Schritt, mit dem die Bundesrepublik die Zusammenarbeit der europäischen Staaten unterstützte, und jeden ihrer Beiträge zur Abwehrrüstung der NATO, verdächtigten die Sowjetunion und die SBZ als "Verrat" an der Wiedervereinigung.

Sie verleumdete die Bundesrepublik, obschon z.B. der sogenannte "Generalvertrag" vom 23.10.1954 festlegte, es werde im Fall der Wiedervereinigung das Verhältnis Gesamtdeutschlands zur NATO neu vereinbart. ...

... Im Beschluß des V. Parteitages der SED vom 16.7.1958 heißt es mit unverkennbarem Bezug auf die Wiedervereinigung: "Die DDR und ihre sozialistischen Errungenschaften werden niemals ein Objekt des Schachers sein. Fest verbunden mit der Sowjetunion und dem ganzen

sozialistischen Lager sind die Arbeiter- und Bauernmacht des deutschen Volkes und ihre sozialistischen Errungenschaften für immer unantastbar."

Bei all diesen Vorschlägen lehnen SED und Regierung der SBZ es ab, an den Anfang der Wiedervereinigung freie und geheime Wahlen zu setzen. Diese Vorschläge wiederholen sich in all den Äußerungen, die seit 1958 SED und Regierung der SBZ zur Wiedervereinigung getan haben. Dabei verbinden sie die Wiedervereinigung oft mit der Souveränität der SBZ, mit der Forderung nach Abrüstung und nach Ablösung der NATO und mit den Friedensvertragsentwürfen. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Deutschlandpolitik der Alliierten (x306/175-177): >>**Bundesrepublik im Abstieg**

... Die Nachkriegsgeschichte wird heute zum Problem. In Westdeutschland hat man sich über Fahrtrichtung und Stationen der Nachkriegsgeschichte bewußt wenig Gedanken gemacht, da man einer geschichtlichen Einordnung, auszuweichen bestrebt war. Die "Zeitgeschichte", über die man soviel redete, blieb Geschichte des "Dritten Reiches".

Die Grausamkeiten der Nationalsozialisten waren das Alibi, das einem 20 Jahre später das Nachdenken ersparen sollte. Was gefolgt war, interessierte nicht, es hatte keinen volkspädagogischen Nutzwert. Die Periodisierung der Nachkriegsgeschichte wurde bei uns vom Volksmund vorgenommen. Er spricht von der Zeit vor und nach der "Währung". Der Stichtag der Währungsreform vom 21. Juni 1948 ist in der Tat ein einprägsames Datum, da er alle Westdeutschen gleichmäßig erreichte. ...

So überdeutlich die Währungsreform ins Auge fällt, so sehr ist sie ein Glied in einer Kette von Ereignissen, die 1946 von der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, der Errichtung der Frankfurter Institutionen und Parlamente - 1947, dem Auftrag zur Errichtung der Bundesrepublik - 1948, der Aufnahme der Arbeit von Bundesregierung und Bundestag - 1949, zur Revision des Besatzungsstaates - 1951, dem vermeintlichen Ende der Besatzung 1955, dem Beitritt der Bundesregierung zur NATO 1955 und der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 führt. Alle diese Ereignisse können auf einer ansteigenden Linie, die aus der Entmachtung und Diskriminierung zur Selbstbehauptung, Souveränität und Gleichberechtigung, aus der Fremdherrschaft zur Selbstherrschaft führt, eingezeichnet werden.

Auf diese ansteigende Linie der deutschen Politik fiel der Schatten der Teilung Deutschlands, ein Schatten, der nicht durch irgendwelche deutsche Politiker in Ost oder West, sondern durch die vom Kontrollrat am 30. Juni 1946 angeordnete Schließung der Zonengrenzen in die deutsche Geschichte eingezeichnet wurde. Den westdeutschen Politikern der Nachkriegsjahre ging es mit Recht um die Wiedererlangung des Grundrechts des Staates - der Souveränität - ohne die keine Politik, sondern nur Auftragsverwaltung durch schwächliche Protektoratsregierungen möglich ist.

Es waren zwei Wege denkbar, auf denen man zur Souveränität gelangen konnte. Den einen schlugen Konrad Adenauer und in der SPD Ernst Reuter ein. Es war der Weg der kleinen und der großen Schritte. Adenauer und Reuter gingen davon aus, daß die Souveränität in der Hand der Alliierten lag. Durch Ausnützen günstiger Momente und erhebliche Konzessionen für den Augenblick versuchten sie, sie Stück für Stück wiederzugewinnen.

Der andere Weg war der Kurt Schumachers. Er ging davon aus, daß die Souveränität nach wie vor beim deutschen Volk lag und nur zeitweise von den Alliierten usurpiert worden war. Sie sei von den Alliierten einzufordern als ein Recht, an dem nicht herumgehandelt werden dürfe. Auf beiden Wegen war die deutsche Teilung ein Mittel, um später zur Souveränität des ganzen Deutschland zu kommen.

Die Wiedervereinigung bildete den imaginären Schlußpunkt in Verlängerung des eingeschlagenen Weges. Für Adenauer und Reuter sollten sich der Souveränitätszuwachs und die Stär-

kung der Bundesrepublik in einer wachsenden Handlungsfreiheit auszahlen, die unter Ausnutzung der gegebenen, schnell wechselnden Situationen auch einmal der deutschen Politik die Chance geben würde, ihr Ziel mit Erfolg zu vertreten.

Für Schumacher war die deutsche Einheit ein unverlierbares staatliches Grundrecht, das solange von den Alliierten einzufordern war, bis diese vom rechtswidrigen Vorenthalten der Einheit Abstand nahmen. Der Status quo der Kontrollrats Herrschaft - das war allen klar - würde sich nie zur deutschen Selbstherrschaft, sondern nur zu einer anderen Form der interalliierten oder internationalen Fremdherrschaft weiterentwickeln. ...

Konnten die markanten Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik bis etwa 1956 in eine ansteigende Kurve eingetragen werden, die auf volle Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung hinstrebte, so fehlen seit 1957 entsprechende Daten. Die Kurve scheint ihren Anstieg abubrechen, sich zu wenden und in einer absteigenden Linie ihre Bahn fortzusetzen. Andere Ereignisse und andere Daten treten hervor, die Verzicht auf Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung einschließen und die auf ein Wiedereinlenken in ein weltpolitisches System, wie es Franklin Delano Roosevelt vorschwebte, hindeuten.

Bei der Rückkehr in die Ära Roosevelt stellte sich heraus, daß eine Reihe völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und politisch gesinnungsmäßiger Ausformungen dieser Ära durch den Ost West Konflikt zwar überlagert, aber nicht beseitigt worden waren. ...<<

Vor dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus erklärte der US-Abgeordnete Carroll Reece am 16. Mai 1957, daß Vorgänge bei der Vertreibung der Ostdeutschen als Völkermord eingestuft werden müssen (x028/230, x150/44): >>Während die UN-Konvention über Verhinderung und Bestrafung von Völkermord die Umsiedlung einer Bevölkerung nicht als Form des Völkermords erfaßt, würden dennoch Umsiedlungen, die zu Vertreibungen führen und mit dem Tod von Millionen enden, in die Kategorie des Völkermords fallen. ...<<

>>... Die Vertreibung war ein Unrecht, eine schwere Verletzung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze der Humanität, der Prinzipien der internationalen Moral.<<

In Bonn billigten die Delegierten der Vertriebenenverbände die gemeinsame Satzung für den Zusammenschluß ihrer Verbände und gründeten am 27. Oktober 1957 den "Bund der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände".

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den "Bund der Vertriebenen" (x024/313-314): >>Das sich die deutschen Vertriebenen als Schicksalsgemeinschaft bei erster Gelegenheit in Organisationen zusammenschlossen, war selbstverständlich. Daß es ihnen jahrelang von den alliierten Siegermächten verboten worden war, kennzeichnet das schlechte Gewissen der Sieger, die bei dem Unrecht der Vertreibung mitgewirkt hatten.

Die Westmächte fürchteten die Vertriebenen als politische Kraft. Eine Organisation, so glaubten sie, würde ihre Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft verhindern oder zumindest verzögern. Eine schnelle Integration aber lag im Interesse der Alliierten, um einen möglichen Unruheherd zu beseitigen.

Die Organisationen der deutschen Vertriebenen bestehen auch heute noch ...

Natürlich wäre es für alle, die die Vertreibung der Deutschen vergessen machen wollen, bequem, wenn es die Organisationen der Vertriebenen nicht mehr gäbe. Ihr ständiges Mahnen, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ihr Hinweis auf die "offene deutsche Frage" ist ihnen jedenfalls lästig.

Für diejenigen, die glauben, daß die Entspannung mit dem Osten auch um den Preis weitgehender Zugeständnisse erkaufte werden müsse, wirken die Vertriebenenorganisationen mit ihrem starren Festhalten an jahrzehntealten Prinzipien natürlich als "Störenfriede". ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen:
>>"DREIGETEILT - NIEMALS"

Vertriebene fordern Recht auf Heimat

Der Bund der Vertriebenen (BvD) und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt ("dreigeteilt - niemals").

In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...

Wurden noch bei der Volkszählung 1950 fast 8 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin gezählt, so sind es 1957 mehr als 10 Millionen. 400.000 von ihnen müssen noch in mehr als 3.000 Lagern leben. Die meisten dieser Baracken-Lager stehen in Niedersachsen. ...<<

Der deutsche CDU-Politiker Kurt Georg Kiesinger (1904-1988, von 1966-1969 Bundeskanzler) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 21. Mai 1958 (x353/67): >>... Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten.<<

Der BdV-Mitarbeiterkongreß legte am 2. Mai 1959 Grundsätze für einen gerechten Friedensvertrag fest (x155/69-70): >>Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. ...

Ein gerechter Friede muß auf Grundsätzen beruhen, die in der von 30 Staaten unterzeichneten Atlantik-Charta, in der Satzung der UNO und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind. ...

1. Ein gerechter und dauerhafter Friede muß aus Verhandlungen hervorgehen. Partner eines Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein. ...

3. Das Selbstbestimmungsrecht, festgelegt in der Satzung der Vereinten Nationen, und der Anspruch auf die Heimat müssen gewährleistet sein. ...

4. Gewaltsame Vertreibungen sind, gleichgültig von wem und wem gegenüber begangen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Millionen von Menschen ist durch die Vertreibung die Heimat geraubt worden. Die durch die Massenvertreibungen geschaffenen Zustände dürfen durch einen Friedensvertrag nicht sanktioniert werden. Sie bedürfen einer einvernehmlichen Regelung. ...

6. ... Die an Friedensverhandlungen beteiligten Mächte stehen vor der Entscheidung: Verhandlungsfriede oder Diktatfriede - Rechtsfriede oder Gewaltfriede. ...<<

Die BdV-Vertretung berichtete am 24. August 1959 über die Lage der deutschen Heimatvertriebenen (x155/71): >>... In der Bundesrepublik Deutschland leben mehr als 12 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus Mitteldeutschland. Unter den 17 Millionen versklavten Bewohnern der Sowjetzone befinden sich weitere 3 Millionen Vertriebene. Insgesamt sind 14 Millionen Deutsche nach Beendigung der Kriegshandlung ihres Eigentums beraubt und aus ihren Heimen deportiert worden.

Bei diesen Volksdeportationen sind mehr Deutsche zugrunde gegangen, als Deutschland im Ersten Weltkrieg Männer verloren hat. Von dem Heer der 3 Millionen Vertreibungstoten spricht niemand. ...<<

Premierminister Michel Debré (1912-1996) erklärt am 12. Oktober 1959 vor der französischen Nationalversammlung, daß die französische Regierung unter Aufrechterhaltung des Status quo auch die Respektierung der Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie verstehe (x155/75).

Das BdV-Präsidium kritisierte am 19. Oktober 1959 die französische Stellungnahme zur Oder-Neiße-Linie (x155/75): >>Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Debré zugunsten der von der kommunistischen Regierung Polens angestrebten Oder-Neiße-Grenze stellt einen Affront gegen legitime deutsche Interessen dar.

Es ist eine Zumutung, von der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen, daß sie auf eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Ostgrenze verzichtet. Dies Verlangen würde die Preisgabe einer völkerrechtlichen Position bedeuten, welche die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens einem wiedervereinigten Deutschland eingeräumt haben und das ... anläßlich der letzten Genfer Konferenz ausdrücklich bestätigt wurde.

Gerade wenn man die deutsch-französische Verständigung vertritt, muß man derartige Ausführungen von französischer Seite bedauern. Diese Erklärung widerspricht den wesentlichen Grundsätzen von Freiheit und Selbstbestimmung. Die deutschen Vertriebenen lehnen sie ab.<<

Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) meldete am 9. November 1959 (x028/239): >>... Die französische Regierung hat der Bundesregierung auf Anfrage versichert, daß sie die Oder-Neiße-Linie nach wie vor als eine provisorische polnische Verwaltungsgrenze ansehe.

Sie betonte gleichzeitig, daß eine endgültige Regelung der deutschen Ostgrenzen einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland vorbehalten bleiben müsse.<<